

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon +41 32 627 20 79
pd@sk.so.ch

EINLADUNG

an die Mitglieder des Solothurner Kantonsrates

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Einvernehmen mit dem Regierungsrat lade ich Sie ein zur

Dezember-Session

Dienstag, 7. Dezember 2021, 8.30 bis 12.30 Uhr

Mittwoch, 8. Dezember 2021, 8.30 bis 12.30 Uhr

Mittwoch, 15. Dezember 2021, 8.30 bis 12.30 Uhr

in den Kantonsratssal in Solothurn (bitte Schutzkonzept beachten).

Solothurn, 25. November 2021

Mit freundlichen Grüssen
Kantonsratspräsident
Hugo Schumacher

Hinweise

- Liste der hängigen Kantonsratsgeschäfte (grau unterlegt = spruchreif) S. 2
- Hängige Parlamentarische Vorstösse (grau unterlegt = spruchreif) S. 4
- Mitteilungen S. 35
- Liste der Mitglieder der Ratsleitung und der Mitglieder der Kommissionen S. 35

Präsident: Telefon: 032 682 03 88

Liste der hängigen Kantonsratsgeschäfte

KRG-Nr. Geschäft

(zust. Dept.)

I. Wahlprüfungen und Vereidigungen

II. Wahlen

WG 232/2021	Wahl des Präsidiums des Kantonsrats für das Jahr 2022 (KR)	(KR)
-------------	--	------

III. Sachgeschäfte, Beschlüsse

SGB 158/2021	Mehrjahresplanung ab 2022 „Informatikprogramm“; Rechenschaftsbericht über die Projekte; Verpflichtungskredit für Kleinprojekte ab 2022 (Investitionsrechnung)	(FD)
SGB 161/2021	Globalbudget „Volksschule“ für die Jahre 2022 bis 2024	(DBK)
SGB 162/2021	Globalbudget «Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen» für die Jahre 2022 bis 2024	(DBK)
SGB 163/2021	Globalbudget «Berufsschulbildung» für die Jahre 2022 bis 2024	(DBK)
SGB 164/2021	Globalbudget "Militär und Bevölkerungsschutz" für die Jahre 2022 bis 2024	(VWD)
SGB 165/2021	Globalbudget "Finanzen und Statistik" für die Jahre 2022 bis 2024	(FD)
SGB 166/2021	Globalbudget "Personalwesen" für die Jahre 2022 bis 2024	(FD)
SGB 167/2021	Globalbudget "Amtschreiberei-Dienstleistungen" für die Jahre 2022 bis 2024	(FD)
SGB 168/2021	Globalbudget «Staatsanwaltschaft» für die Jahre 2022 bis 2024	(BJD)
SGB 169/2021	Mehrjahresplanung ab 2022 "Wasserbau"; Rechenschaftsbericht über die Projekte (Investitionsrechnung)	(BJD)
SGB 170/2021	Mehrjahresplanung ab 2022 "Strassenbau"; Rechenschaftsbericht über die Projekte; Verpflichtungskredit für Kleinprojekte ab 2022 (Investitionsrechnung)	(BJD)
SGB 171/2021	Globalbudget «Führungsunterstützung Departement des Innern, Swisslos-Fonds und Oberämter» für die Jahre 2022 bis 2024	(DDI)
SGB 172/2021	Änderung des Beschlusses über die Budgetstruktur des Globalbudgets "Gesundheitsversorgung" für die Jahre 2021 bis 2023; Bestimmung der Produktgruppen; Genehmigung eines Zusatzkredites	(DDI)
SGB 173/2021	Globalbudget «Gesellschaft und Soziales» für die Jahre 2022 bis 2024	(DDI)

SGB 174/2021	Globalbudget „Dienstleistungen der Staatskanzlei“ für die Jahre 2022 bis 2024	(STK)
SGB 175/2021	Voranschlag 2022	(FD)
SGB 188/2021	Globalbudget „Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat“ für die Jahre 2022 bis 2024	(KR)
SGB 190/2021	Mehrjahresplanung ab 2022 „Hochbau“; Rechenschaftsbericht über die Projekte; Verpflichtungskredit für Kleinprojekte ab 2022 (Investitionsrechnung)	(BJD)
SGB 191/2021	Bewilligung eines Zusatzkredites zur Globalbudgetperiode 2020 bis 2022 "Gerichte"	(GER)
SGB 192/2021	1. Vereinigung der Einwohnergemeinde Oekingen und der Bürgergemeinde Oekingen; 2. Vereinigung der Einwohnergemeinde Kriegstetten und der Bürgergemeinde Kriegstetten; 3. Änderung des Verzeichnisses der solothurnischen Gemeinden	(VWD)
SGB 193/2021	Erneuerung kantonale Steuerlösung „Refactoring NEST und Einführung NEST.Objekt“	(FD)
SGB 194/2021	Verlängerung der Anstellung einer ausserordentlichen Staatsanwältin und eines ausserordentlichen Staatsanwaltes	(BJD)
SGB 195/2021	Abgeltung der Ertragsausfälle und Mehrkosten an die Solothurner Spitäler und Kliniken aufgrund der Covid-19-Pandemie; Definitive Schlusszahlung 2020 sowie Genehmigung eines Verpflichtungskredites für 2021 und 2022	(DDI)
SGB 203/2021	Bewilligung eines Zusatzkredites zur Globalbudgetperiode 2020 bis 2022 "Führungsunterstützung Volkswirtschaftsdepartement und Stiftungsaufsicht" und eines Nachtragskredites für das laufende Jahr 2021	(VWD)
SGB 204/2021	Globalbudget "Wald, Jagd und Fischerei" für die Jahre 2020 bis 2022; Bewilligung eines Zusatzkredites	(VWD)
SGB 205/2021	Krankenversicherung: Beitrag des Kantons Solothurn zur Prämienverbilligung in der Krankenversicherung 2022	(DDI)
VI 221/2021	Gesetzesinitiative «Weniger Sozialhilfe für Scheinflüchtlinge»	(DDI)

IV. Rechtsetzungsgeschäfte

RG 095/2021	Änderung Verfassung des Kantons Solothurn; Öffentliche Schulen	(DBK)
RG 096/2021	Volksschulgesetz (VSG)	(DBK)
RG 157/2021	Änderung des Gesetzes über die Gebäudeversicherung, Brandverhütung, Feuerwehr und Elementarschadenhilfe (Gebäudeversicherungsgesetz; GVG)	(VWD)
RG 189/2021	Teilrevision des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung - Regelung Defizitbremse	(FD)
RG 129/2021	Teilrevision des Kantonsratsgesetzes und des Geschäftsreglements des Kantonsrates	(RL)
RG 234/2021	Teilrevision des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern 2022	(FD)

V. Verordnungsvetos, Vernehmlassungen

VI. Volksaufträge

VA 201/2020 (BJD)

Volksauftrag «Klimanotstand im Kanton Solothurn» (03.11.2020)

Die Regierung des Kantons Solothurn anerkennt die Klimakatastrophe als zu bewältigende Krise. Wir beauftragen den Regierungsrat, auf diese Krise zu reagieren, die Gesellschaft kompetent zu informieren und die Voraussetzungen zu schaffen, damit Bevölkerung und Wirtschaft des Kantons aktiv die notwendigen Änderungen mitgestalten. Wir fordern keinen Notstand im institutionellen Sinn - bei dem die demokratischen Rechte des Volkes beschnitten werden - sondern klimagerechtes Handeln. Budgetgestaltung, Gesetze, Massnahmen, Beschlüsse usw. müssen auf das von der Schweiz ratifizierte Welt-Klimaabkommen von 2015 in Paris ausgerichtet werden. Die durchschnittliche Erderwärmung soll 2 Grad Celsius nicht überschreiten, und bis spätestens 2050 sind die CO₂-Emissionen auf netto Null zu senken.

Erneuerbare Energien müssen ab sofort vor CO₂-belastende Investitionen gestellt werden und das Verursacherprinzip muss konsequent durchgesetzt werden..

Unterschriften: 1. Adrian Burki; insgesamt 452 beglaubigte Unterschriften.

Stellungnahme RR: 27.04.2021 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 23.09.2021 (schriftlich)

VA 0114/2021 (VWD)

Volksauftrag «Gesetzlich geregelter, kantonaler Mindestlohn für alle Angestellten» (20.05.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat einen Vorschlag für einen gesetzlich geregelten, kantonalen Mindestlohn zu unterbreiten, der folgende Anforderungen erfüllt:

Einen fairen Mindestlohn zum Leben schaffen:

- 1) Für alle im Kanton Solothurn Angestellten mit Vertrag im Stundenlohn oder Monatslohn.
- 2) Ausgenommen vom Mindestlohn sind Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, welche
 - a) ein obligatorisches, zeitlich befristetes Praktikum im Rahmen einer vom Kanton oder vom Bund anerkannten Ausbildung absolvieren,
 - b) jünger als achtzehn Jahre alt sind und während der Ferienzeit ihrer schulischen Hauptbeschäftigung einen Ferienjob ausüben,
 - c) Lernende in anerkannten Lehrbetrieben sind, oder
 - d) gemäss Art. 4 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz) als Familienmitglieder in Familienbetrieben von den Bestimmungen des Arbeitsgesetzes ausgenommen sind.
- 3) Branchenübergreifend.
- 4) Der Schutz vor Armut trotz Erwerbstätigkeit bietet.
Brutto Stundenlohn von mindestens 25 Franken (= 4'200 Franken/Monat bei 100

Unterschriften: 1. Corina Bolliger; insgesamt 100 beglaubigte Unterschriften

Stellungnahme RR: 25.10.2021 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

VII. Planungsbeschlüsse

VIII. Parlamentarische Initiativen

IX. Aufträge

A 080/2020 (DDI)

Auftrag Fabian Gloor (CVP, Oensingen): Impfen in den schulärztlichen Dienst integrieren (06.05.2020)

Die Impfberatung sowie die Schliessung von Impfplücken sollen obligatorisch im Rahmen des schulärztlichen Dienstes kostenlos angeboten werden und das Gesundheitsgesetz entsprechend angepasst werden.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Fabian Gloor, 2. Dieter Leu, 3. Edgar Kupper, Peter Brotschi, Näder Helmy, Bruno Vögtli, Susan von Sury-Thomas (7)

Stellungnahme RR: 30.08.2021 (schriftlich)

Stellungnahme SOGECO: 29.09.2021 (schriftlich)

A 209/2020 (BJD)

Auftrag Michael Ochsenbein (CVP, Luterbach): Einen grossen Wurf in der Rückhaltung von Wasser umsetzen (04.11.2020)

Der Regierungsrat wird beauftragt, innert 20 Jahren Massnahmen in Infrastruktur und Organisation umzusetzen, um den Grossteil des anfallenden Meteorwassers rückhalten zu können, insbesondere um folgende Ziele zu realisieren:

- Wasser zu Verdunstungszwecken zurückhalten, damit Wasserkreisläufe auch in trockenen Phasen erhalten und gewährleistet werden können.
- Wasser zu Bewässerungszwecken zurückhalten, damit die Land- und Forstwirtschaft in trockenen Phasen auf genügend Wasser zurückgreifen kann.
- Wasser zurückhalten, um den Grundwasserspiegel in trockenen Phasen stabil halten zu können, um die Trinkwasserversorgung zu sichern.
- Wasser zu Kühlzwecken zurückhalten. Durch das Verdunsten von Wasser entstehen wichtige Kühleffekte, insbesondere in Hitzemonaten.
- Wasser in Weihern und Biotopen als Lebensraum und Vernetzung von Lebensräumen zurückhalten.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Michael Ochsenbein, 2. Georg Nussbaumer, 3. Edgar Kupper, Johannes Brons, Peter Brotschi, Rea Eng-Meister, Patrick Friker, Fabian Gloor, Karin Kissling, Sandra Kolly, Peter Kyburz, Dieter Leu, Josef Maushart, Tamara Mühlemann Vescovi, Stephanie Ritschard, Thomas Studer, Bruno Vögtli, Marie-Theres Widmer (18)

Stellungnahme RR: 06.04.2021 (schriftlich)

Stellungnahme: 23.09.2021 (schriftlich)

A 220/2020 (STK)

Auftrag Fraktion CVP/EVP/glp: Modernisierung und Digitalisierung der politischen Gremien im Kanton Solothurn (11.11.2020)

Das Gemeindegesetz, das Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz und das Kantonsratsgesetz sollen so angepasst werden, dass Beschlussfassungen der Exekutive auf kommunaler (inkl. Zweckverbände) wie kantonaler Ebene und der (legislativen) Kommissionen auch in Abwesenheit der Behördenmitglieder, also entweder auf dem Zirkularweg oder durch gleichzeitige virtuelle Präsenz (Telefon- oder Videokonferenz) gefasst werden können. Zudem sollen auch die Sitzungs- führung und -vorbereitung, wo immer möglich und sinnvoll, digitalisiert werden.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Fabian Gloor, 2. Thomas Lüthi, 3. Michael Ochsenbein, Peter Brotschi, Alois Christ, Rea Eng-Meister, Patrick Friker, Nicole Hirt, Karin Kissling, Sandra Kolly, Edgar Kupper, Peter Kyburz, Dieter Leu, Josef Maushart, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Thomas Studer, Bruno Vögeli, Susan von Sury-Thomas, Jonas Walther, Marie-Theres Widmer, André Wyss (22)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 236/2020 (STK)

Auftrag Justizkommission: Kosten im verwaltungsinternen und verwaltungsgerichtlichen Beschwerdeverfahren (8.12.2020)

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Anpassung des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen zu prüfen, mit der die Kostenfolgen für beschwerdeführende Parteien, welche mit ihrer Beschwerde in erster Linie öffentliche oder eine Vielzahl von Menschen betreffende Interessen verfolgen, reduziert werden könnten.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Daniel Urech, 2. Johanna Bartholdi, 3. Alois Christ, Josef Fluri, Martin Flury, Urs Huber, Karin Kissling, Michael Kummli, Dieter Leu, Matthias Racine, Urs Unterlerchner, Nadine Vögeli, Rémy Wyssmann (13)

Stellungnahme RR: 05.07.2021 (schriftlich)

Stellungnahme JUKO: 4.11.2021 (schriftlich)

A 013/2021 (BJD)

Auftrag Fraktion SP/junge SP: Reduktion von risikoreichen Pestiziden durch Vorsorge auf Bundesebene (27.1.2021)

Der Regierungsrat setzt sich beim Bund für eine wirkungsvolle Reduktion des Einsatzes risikoreicher Pestizide ein, insbesondere durch eine restriktive Zulassung und Anwendung und eine angepasste Agrarpolitik.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Mathias Stricker, 2. Marianne Wyss, 3. Markus Ammann, Matthias Anderegg, Markus Baumann, Remo Bill, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Karin Kälin, Thomas Marbet, Mara Moser, Stefan Oser, Matthias Racine, Franziska Rohner, Anna Rüefli, Luzia Stocker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (18)

Stellungnahme RR: 28.06.2021 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 23.09.2021 (schriftlich)

A 014/2021 (DBK)

Auftrag fraktionsübergreifend: Angebotsplanung Projekt optiSO+ (27.1.2021)

Die geplanten Massnahmen im Projekt optiSO+ sind im Bereich der Angebotsplanung zu überdenken.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Peter Brotschi, 2. Remo Bill, 3. Hubert Bläsi, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Markus Baumann, Alois Christ, Patrick Friker, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Urs Huber, Stefan Hug, Karin Kälin, Josef Maushart, Mara Moser, Tamara Mühlemann Vescovi, Michael Ochsenbein, Stefan Oser, Matthias Racine, Franziska Rohner, Anna Rüefli, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Nadine Vögeli, Susan von Sury-Thomas, Marianne Wyss, Nicole Wyss, Simone Wyss Send (29)

Stellungnahme RR: 15.06.2021 (schriftlich)

Stellungnahme BIKUKO: 29.09.2021 (schriftlich)

A 034/2021 (STK)

Auftrag Rolf Sommer (SVP, Olten): Offenlegung der Entschädigungen (3.3.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, mit der die nötigen verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen werden, dass alle Entschädigungen, welche an Mitglieder der Leitungs- und Aufsichtsorgane der mittelbaren Verwaltung auf kantonaler, überkommunaler und kommunaler Ebene fliessen (wie Honorare, Löhne, Auslagen, etc.), öffentlich bekannt gemacht werden müssen, soweit nicht zwingende Bestimmungen des Bundesrechts entgegenstehen.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Rolf Sommer, 2. Rémy Wyssmann, 3. Markus Dick, Matthias Borner, Roberto Conti, Peter M. Linz, Christine Rütli (7)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 035/2021 (FD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Massnahmenplan zur Verbesserung der Kantonsfinanzen (3.3.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, einen neuen Massnahmenplan auszuarbeiten, um die Finanzen des Kantons nachhaltig zu stabilisieren und zu verbessern. Jene Massnahmen, welche in der Kompetenz des Regierungsrates liegen, müssen rasch möglichst umgesetzt werden.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Daniel Probst, 2. Richard Aschberger, 3. Michael Ochsenbein, Philippe Arnet, Johanna Bartholdi, Matthias Borner, Hans Büttiker, Karin Büttler-Spielmann, Daniel Cartier, Enzo Cessotto, Roberto Conti, Markus Dick, Markus Dietschi, Tobias Fischer, Martin Flury, Pat-rick Friker, Kuno Gasser, Fabian Gloor, Walter Gurtner, Peter Hodel, Sibylle Jeker, Michael Kummli, Kevin Kunz, Beat Künzli, Edgar Kupper, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Peter M. Linz, Marco Lupi, Josef

Maushart, Verena Meyer-Burkhard, Stefan Nünlist, Martin Rufer, Christine Rütli, Christian Scheuermeyer, Andreas Schibli, Christoph Scholl, Markus Spielmann, Thomas Studer, Heiner Studer, Christian Thalmann, Urs Unterlerchner, Bruno Vögtli, Christian Werner, Mark Winkler, Hansueli Wyss, Rémy Wyssmann (47)

Stellungnahme RR: 14.09.2021 (schriftlich)

Stellungnahme FIKO: 24.11.2021 (schriftlich)

A 110/2021 (VWD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Natur- und umweltverträgliche Freizeitgestaltung auf der Aare ermöglichen (12.05.2021)

Es ist ein Schutz- und Nutzungskonzept (inkl. Sensibilisierungskampagnen) für die Aare-Abschnitte Lüsslingen-Solothurn und Feldbrunnen-Flumenthal zu erarbeiten. Dies unter Einbezug aller Anspruchsgruppen. Gleichzeitig hat der Regierungsrat beim Bundesrat ein Gesuch einzureichen, das entsprechende Objektblatt bei nächster Gelegenheit zu revidieren bzw. anzupassen.

Begründung 12.05.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Urs Unterlerchner, 2. Matthias Anderegg, 3. Michael Ochsenbein, Markus Ammann, Philippe Arnet, Johanna Bartholdi, Samuel Beer, Remo Bill, Heinz Flück, Martin Flury, Christian Ginsig, Fabian Gloor, David Häner, Rolf Jeggli, Freddy Kreuchi, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Marco Lupi, Matthias Meier-Moreno, Simon Michel, Tamara Mühlemann Vescovi, Stefan Nünlist, Georg Nussbaumer, David Plüss, Daniel Probst, Martin Rufer, Simone Rusterholz, Christine Rütli, Patrick Schlatter, Beat Späti, Mathias Stricker, Susan von Sury-Thomas, Hansueli Wyss, Rémy Wyssmann (34)

Stellungnahme RR: 25.10.2021 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 112/2021 (STK)

Auftrag Anna Engeler (Grüne, Olten): Sicherstellung einer Alternative zur Nutzung der SwissID für den Zugriff auf elektronische Dienstleistungen im Kanton Solothurn (12.05.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, der Bevölkerung einen alternativen Zugang zur Nutzung der privatwirtschaftlichen Lösung der SwissSign Group (SwissID) für den Zugriff auf die kantonalen E-Portale zur Verfügung zu stellen.

Begründung 12.05.2021: schriftlich

Unterschriften: 1. Anna Engeler, 2. Janine Eggs, 3. Barbara Wyss Flück, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, David Gerke, Daniel Urech, Simone Wyss Send (9)

Stellungnahme RR: 24.08.2021 (schriftlich)

Stellungnahme FIKO: 06.09.2021 (schriftlich)

A 139/2021 (BJD)

Auftrag Mark Winkler (FDP.Die Liberalen, Witterswil): Abschaffung der Steuerbefreiung für Elektrofahrzeuge und Solarfahrzeuge (06.07.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Besteuerung aller Motorfahrzeuge unabhängig von der Antriebsart einzuführen. Die Steuerbemessung soll die Fahrzeuge gleich behandeln, beispielsweise nach Fahrzeuggewicht mit einer Mindeststeuer pro Fahrzeugart. Basis dieser Steuer soll die heutige Minimalsteuer der entsprechenden Fahrzeugkategorie mit fossilem Antrieb sein.

Begründung 06.07.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Mark Winkler, 2. Georg Lindemann, 3. Richard Aschberger, Philippe Arnet, Matthias Borner, Johannes Brons, Roberto Conti, Tobias Fischer, Josef Fluri, Martin Flury, Patrick Friker, Kuno Gasser, David Häner, Rolf Jeggli, Sibylle Jeker, Freddy Kreuchi, Michael Kumkli, Kevin Kunz, Edgar Kupper, Barbara Leibundgut, Marco Lupi, Matthias Meier-Moreno, Andrea Meppiel, Simon Michel, Tamara Mühlemann Vescovi, Stefan Nünlist, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, David Plüss, Philippe Ruf, Christine Rützi, Patrick Schlatter, Rolf Sommer, Beat Späti, Markus Spielmann, Christian Thalmann, Urs Unterlerchner, Bruno Vögtli, André Wyss, Hansueli Wyss, Rémy Wyssmann (41)

Stellungnahme RR: 23.11.2021 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 140/2021 (DDI)

Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Biometrische Fotos auf Grenzgänger- und Ausländerausweisen (06.07.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, beim Bund zu intervenieren, dass Fotos für Grenzgänger- und Ausländerausweise nicht ausschliesslich in den Kantonen gemacht werden können, wo die Antragsteller wohnen oder wo der Sitz des Arbeitgebers ist.

Begründung 06.07.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Mark Winkler, 2. Markus Spielmann, 3. Stefan Nünlist, Philippe Arnet, Daniel Cartier, Martin Flury, David Häner, Freddy Kreuchi, Barbara Leibundgut, Marco Lupi, Simon Michel, David Plüss, Martin Rufer, Beat Späti, Urs Unterlerchner, Hansueli Wyss (16)

Stellungnahme RR: 23.11.2021 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 142/2021 (KR)

Auftrag Fraktion CVP/EVP: Überprüfung des Wahlverfahrens der kantonalen Beamten und Beamtinnen (07.07.2021)

Die Regierung und die Ratsleitung werden beauftragt, die Vorbereitung, die Art und den Zeitpunkt der Wahlen der kantonalen Beamten und Beamtinnen zu überprüfen und allenfalls notwendig erscheinende Änderungen inkl. der nötigen Anpassungen der gesetzlichen Grundlagen vorzuschlagen.

Begründung 07.07.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Patrick Friker, 2. Patrick Schlatter, 3. Marie-Theres Widmer, Rea Eng-Meister, Kuno Gasser, Fabian Gloor, Rolf Jeggli, Karin Kissling, Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Tamara

Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Sarah Schreiber, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas, André Wyss (18)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 144/2021 (STK)

Auftrag André Wyss (EVP, Rohr): Kantonsratswahlen sollen an einem abstimmungsfreien Sonntag durchgeführt werden (07.07.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, dafür besorgt zu sein, dass die Kantonsratswahlen zukünftig an einem abstimmungsfreien Sonntag durchgeführt werden.

Begründung 07.07.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. André Wyss, 2. Susan von Sury-Thomas, 3. Kuno Gasser, Rea Eng-Meister, Patrick Friker, Fabian Gloor, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Patrick Schlat-ter, Sarah Schreiber, Thomas Studer, Benjamin von Däniken, Marie-Theres Widmer (19)

Stellungnahme RR: 23.11.2021 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 147/2021 (STK)

Auftrag Rémy Wyssmann (SVP, Kriegstetten): Verschleppung von Zugangsgesuchen verhindern (07.07.2021)

§ 35 InfoDG ist neu mit einem Absatz 3 wie folgt zu ergänzen:

Erfolgt innert einer Frist von 40 Tagen keine verbindliche Stellungnahme im Sinne einer Gutheis-sung, Einschränkung, Aufschiebung oder Abweisung des Zugangsgesuchs gilt der Zugangsanspruch als anerkannt.

Begründung 07.07.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Rémy Wyssmann, 2. Tobias Fischer, 3. Rolf Sommer, Richard Aschberger, Johannes Brons, Markus Dick, Thomas Giger, Sibylle Jeker, Andrea Meppiel, Werner Ruchti, Philippe Ruf, Urs Unterlerchner (12)

Stellungnahme RR: 2.11.2021 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 148/2021 (VWD)

Auftrag David Gerke (Grüne, Biberist): Kantonale Kompetenz zur Bewilligung des Schall-dämpfers auf der Jagd ausschöpfen (07.07.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, insbesondere aus Gründen des Lärmschutzes den Spielraum gemäss Artikel 3 der eidgenössischen Jagdverordnung (JSV) zur Erteilung von Bewilligungen für die Verwendung von Schalldämpfern bei der Jagd zur Verhütung von Wildschäden auszuschöpfen.

Begründung 07.07.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. David Gerke, 2. Simone Wyss Send, 3. Anna Engeler, Janine Eggs, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Christof Schauwecker, Daniel Urech, Barbara Wyss Flück (10)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 152/2021 (FD)

Auftrag Matthias Anderegg (SP, Solothurn): Einkommenssteuerpflicht für kleine Photovoltaikanlagen entfällt (07.07.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt private Betreiber und Betreiberinnen von kleinen Photovoltaikanlagen mit einer Leistung bis zu 20 Kilowatt (kW) von der Einkommenssteuerpflicht für die Erträge aus diesen Anlagen zu befreien. Es sind die dafür notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen.

Begründung 07.07.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Matthias Anderegg, 2. Mathias Stricker, 3. Silvia Fröhlicher, Richard Aschberger, Corina Bolliger, Heinz Flück, Marco Lupi, Georg Nussbaumer, Daniel Probst, Beat Späti, Nadine Vögeli (11)

Stellungnahme RR: 23.11.2021 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 180/2021 (STK)

Auftrag Karin Kissling (CVP, Wolfwil): Stellvertretung des Friedensrichters durch anderen Friedensrichter (01.09.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die §§ 4 Abs. 2 und Abs. 3 des Gesetzes über die Gerichtsorganisation dahingehend zu ändern, dass als Stellvertreter eines Friedensrichters ein anderer Friedensrichter amtiert.

Begründung 01.09.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Karin Kissling, 2. Susanne Koch Hauser, 3. Michael Ochsenbein, Rea Eng-Meister, Patrick Friker, Kuno Gasser, Fabian Gloor, Rolf Jeggli, Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Tamara Mühlemann Vescovi, Daniel Nützi, Patrick Schlatter, Sarah Schreiber, Thomas Studer, Bruno Vögtli, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas, Marie-Theres Widmer, André Wyss (20)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 181/2021 (BJD)

Auftrag Richard Aschberger (SVP, Grenchen): Littering endlich so bestrafen, damit es eine Wirkung erzielt (01.09.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, §169 des Gesetzes über Wasser, Boden und Abfall (GWBA) - auch Anhang III «Liste der Ordnungsbussen (§ 49 Absatz 1) und Mindestinhalt der Formulare (§ 49 Absatz 4)» der Verordnung über Wasser, Boden und Abfall zur AWA (VWBA; BGS 712.16) - und eventuell nötige so anzupassen, dass nicht nur Geldstrafen möglich sind bei Littering, sondern beispielsweise auch Sozialstunden als Sanktion.

Begründung 01.09.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Richard Aschberger, 2. Nicole Hirt, 3. Thomas Giger, Samuel Beer, Matthias Borner, Johannes Brons, Roberto Conti, Josef Fluri, Walter Gurtner, Sibylle Jeker, Thomas Lüthi,

Matthias Meier-Moreno, Andrea Meppiel, Philippe Ruf, Philippe Ruf, Christine Rütli, Nadine Vögeli, Jonas Walther, Rémy Wyssmann (19)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 184/2021 (DDI)

Auftrag fraktionsübergreifend: Veröffentlichung der Standorte von stationären und semistationären Radaranlagen im Kanton Solothurn (08.09.2021)

Der Regierungsrat wird gebeten, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Kantonspolizei Solothurn einmal wöchentlich die Standorte der stationären und semistationären Geschwindigkeitsmessanlagen veröffentlichen kann.

Begründung 08.09.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Urs Unterlerchner, 2. Richard Aschberger (2)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 185/2021 (DBK)

Auftrag Simone Wyss Send (Grüne, Biberist): Theater am Gymnasium (08.09.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, am Gymnasium das Schwerpunktfach und Ergänzungsfach Theater einzuführen.

Begründung 08.09.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Simone Wyss Send, 2. Barbara Wyss Flück, 3. Heinz Flück, Corina Bolliger, Janine Eggs, Anna Engeler, Marlene Fischer, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, David Gerke, Philipp Heri, Karin Kälin, Christof Schauwecker, André Wyss (14)

Stellungnahme RR: 16.11.2021 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

AD 212/2021 (DDI)

Dringlicher Auftrag André Wyss (EVP, Rohr): Reduktion der Testkosten für Solothurner Jugendliche und junge Erwachsene unter 21 Jahren (10.11.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, dass der Kanton die Kosten der Antigentests für das Covid-Zertifikat in den Screeningzentren und den dezentralen Teststandorten für Personen unter 21 Jahren mit Wohnsitz im Kanton Solothurn weitgehend übernimmt. Der Restbetrag (Zielwert 10 Franken) muss von den getesteten Personen bezahlt werden.

Begründung 10.11.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. André Wyss, 2. Jonas Walther, 3. Rea Eng-Meister, Matthias Borner, Markus Dick, Anna Engeler, Marlene Fischer, Thomas Giger, Walter Gurtner, Rolf Jeggli, Sibylle Jeker, Beat Künzli, Adrian Läng, Stephanie Ritschard, Farah Rummy, Christine Rütli, Christof Schauwecker, Bruno Vögtli, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas (20)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 217/2021 (VWD)

Auftrag Fraktion glp: Schaffung investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen für Photovoltaikanlagen (PVA) (10.11.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die notwendigen Schritte einzuleiten, um gesamtkantonal einen minimalen und langfristig stabilen Rückliefertarif (Energie und Herkunftsnachweise [HKN]) für die Einspeisung von Solarstrom zu erarbeiten. Die Höhe des Rückliefertarifes muss sich an den durchschnittlichen Gestehungskosten der Solarenergie in Abhängigkeit zur Grösse der Photovoltaikanlage orientieren. Der Kanton Solothurn garantiert investitionsfreundliche Rahmenbedingungen, die Solothurner (Private und Firmen) nehmen das Geld in die Hand und realisieren die Energiewende.

Begründung 10.11.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Samuel Beer, 2. Jonas Walther, 3. Simone Rusterholz, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Richard Aschberger, Remo Bill, Matthias Borner, Markus Dick, Janine Eggs, Simon Esslinger, Marlene Fischer, Heinz Flück, Martin Flury, Myriam Frey Schär, David Gerke, Christian Ginsig, David Häner, Nicole Hirt, Urs Huber, Stefan Hug, Rolf Jeggli, Kevin Kunz, Adrian Läng, Barbara Leibundgut, Marco Lupi, Thomas Lüthi, Simon Michel, Stefan Nünlist, Georg Nussbaumer, Daniel Probst, Stephanie Ritschard, Werner Ruchti, Martin Rufer, Farah Rummy, Christine Rütli, Christof Schauwecker, Patrick Schlatter, Beat Späti, Markus Spielmann, Mathias Stricker, Thomas Studer, Daniel Urech, Mark Winkler, Marianne Wyss, Nicole Wyss, Hansueli Wyss, Barbara Wyss Flück (49)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 219/2021 (BJD)

Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Harmonisierung der Bestimmungen bei Enteignung (10.11.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Vorlage zur Anpassung der kantonalen Rechtsgrundlagen für Enteignungen auszuarbeiten, damit die Entschädigung bei vom Kanton vorgenommenen Enteignungen mit denjenigen des Bundes harmonisiert werden.

Begründung 10.11.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Martin Rufer, 2. Markus Spielmann, 3. Stefan Nünlist, Philippe Arnet, Johanna Bartholdi, Daniel Cartier, Martin Flury, Thomas Fürst, David Häner, Freddy Kreuchi, Michael Kumkli, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, David Plüss, Daniel Probst, Christian Thalman, Mark Winkler, Hansueli Wyss (18)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

AD 222/2021 (VWD)

Dringlicher Auftrag Stephanie Ritschard (SVP, Riedholz): Bei Härtefallentschädigung alle Unternehmen gleichbehandeln (17.11.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Härtefall-Verordnung so anzupassen, dass Unternehmen mit einem Jahresumsatz unter 5 Mio. Franken gleich behandelt werden wie Unternehmen mit grösseren Umsätzen und insbesondere bei der Zusprache der Härtefallentschädigung auf das Kriterium der Branche verzichtet wird.

Begründung 10.11.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Stephanie Ritschard, 2. Mark Winkler, 3. Urs Unterlerchner, Markus Dick, Josef Fluri, David Häner, Beat Künzli, Adrian Läng, Barbara Leibundgut, Simon Michel, Stefan Nünlist, Daniel Probst, Werner Ruchti, Rolf Sommer, Beat Späti, Markus Spielmann, André Wyss (17)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 223/2021 (BJD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Keine Zugsausfälle auf Kosten des Kantons Solothurn (17.11.2021)

Der Regierungsrat soll beauftragt werden, sich dafür einzusetzen, dass die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) die Leistungen fahrplangemäss erbringt und deutlich weniger Intercity-Zugsausfälle im Kanton Solothurn zulässt.

Begründung 17.11.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Fabian Gloor, 2. Freddy Kreuchi, 3. Nicole Wyss, Johanna Bartholdi, Simon Bürki, Janine Eggs, Rea Eng-Meister, Simon Esslinger, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Patrick Friker, Silvia Fröhlicher, Kuno Gasser, Philipp Heri, Stefan Hug, Rolf Jeggli, Karin Kälin, Karin Kissling, Edgar Kupper, Georg Lindemann, Thomas Lüthi, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Michael Ochsenbein, Christine Rütli, Christof Schauwecker, Patrick Schlatter, Markus Spielmann, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Nadine Vögeli, Bruno Vögtli, Susan von Sury-Thomas, Jonas Walther, Marie-Theres Widmer, Marianne Wyss, Barbara Wyss Flück, Simone Wyss Send (38)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

X. Interpellationen

I 254/2020 (STK)

Interpellation André Wyss (EVP, Rohr): «Beziehungen des Kantons Solothurn zu China» (15.12.2020)

Der Kanton Solothurn verfügt über Freundschaftsverträge mit den Provinzen Gansu (seit 2010) und Heilongjiang (seit 2015). Die kantonale Wirtschaftsförderung betreibt in diesem Zusammenhang die Website <https://china.so.ch>. Die Beziehung des Kantons Solothurn zur Volksrepublik China geht auf die Initiative der Hochschule für Wirtschaft FHNW zurück. Die ersten Kontakte liegen bereits 25 Jahre zurück. Gemäss Presseberichten pflegte Hochschuldirektor Ruedi Nützi langjährige gute Beziehungen zu Parteisekretär Wang Xiankui.

Eine Woche nach der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrags mit Heilongjiang wurde bekannt, dass in dieser chinesischen Provinz Andersdenkende teils besonders brutal verfolgt werden. Amnesty International lagen mehrere verifizierte Foltervorwürfe vor. Menschen wurden gekidnappt, gefoltert und viele starben an den Folgen. In einem Bericht der SZ vom 3.10.2015 hiess es von Seiten der Regierung, dass sie von den Vorwürfen nichts gewusst habe. Sie nehme die Angelegenheit aber sehr ernst und werde diese sofort nach den Herbstferien Ende Oktober zum Thema machen. Zu welchem Schluss man nach einer Prüfung der Vorwürfe vonseiten der Falun-Gong-Bewegung kommen werde, sei noch völlig ungewiss. Man könne sich aber vorstellen, im Rahmen einer solchen Partnerschaft neben den rein wirtschaftlichen Interessen künftig auch Menschenrechtsfragen zu thematisieren.

In den fünf Jahren, die seit diesen Aussagen vergangen sind, hat sich aufgrund verschiedener Presseberichte gezeigt, dass das teils brutale Vorgehen der kommunistischen Partei Chinas kein Einzelfall ist. In einer anderen Provinz (Xinjiang) sind Millionen von Uiguren und Kasachen in Lagern interniert, wo sie systematisch unterdrückt werden (siehe u.a. Bericht in der SZ vom 11.12.2020). Weitere bekannte Beispiele sind die Vorgehensweisen in Hong Kong und Taiwan. Die kommunistische Partei Chinas scheint also keineswegs gewillt, dem Wunsch des Westens im Sinne von «Wandel durch Handel» zu entsprechen. China ist ein autoritäres Regime, das regelmässig die Menschenrechte verletzt.

In diesem Zusammenhang bitten wir die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stuft der Regierungsrat heute diese Beziehung zu den beiden chinesischen Provinzen ein? Welchen Nutzen hat der Kanton Solothurn dadurch? Welche Nachteile (Kosten, Verpflichtungen o.ä.) sind bisher entstanden bzw. entstehen?
2. Welche Kontakte fanden in den letzten Jahren mit welchen Zielen statt?
3. Was ist der Inhalt der beiden Verträge mit Gansu und Heilongjiang? Ist der Text der Verträge für die Öffentlichkeit zugänglich? Wenn nein, warum nicht?
4. Was hat die Regierung seit Oktober 2015, also seit dem Bekanntwerden der Foltervorwürfe von Amnesty International, in dieser Sache unternommen? Zu welchen Schlüssen ist die Regierung in ihren Abklärungen gekommen?
5. Wurden im Kontakt mit den beiden befreundeten chinesischen Provinzen die Menschenrechte thematisiert? Wenn ja, was hat sich daraus ergeben? Wenn nein, warum nicht?
6. Sieht der Regierungsrat heute Handlungsbedarf in Bezug auf die Beziehungen zu China? Wenn ja, welchen? Wenn nein, warum nicht?
7. Welche Art von Menschenrechtsverletzungen wäre für den Regierungsrat ein Grund, die Freundschaftsverträge zu beenden?

Begründung: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. André Wyss, 2. Marie-Theres Widmer, 3. Thomas Lüthi, Karin Büttler-Spielmann, Kuno Gasser, Nicole Hirt, Susanne Koch Hauser, Edgar Kupper, Peter Kyburz, Tamara Mühlemann

Vescovi, Georg Nussbaumer, Michael Ochsenbein, Thomas Studer, Bruno Vögtli, Susan von Sury-Thomas (15)

Stellungnahme RR: 25.10.2021 (schriftlich)

I 111/2021 (BJD)

Interpellation Nicole Hirt, Grenchen (glp, Grenchen): Risikoabwägung bezüglich Wasserversorgung (12.05.2021)

Der Perimeter rund um die Grundwasserschutzzonen wurde ausgeweitet, so dass Quellen, die vorher problemlos den Wasserversorgungen gedient haben, plötzlich ausgeschlossen werden könnten. Ein weiteres Problem, das sich in den letzten zwei Jahren manifestiert hat, ist der Gehalt an Chlorothalonil im Grundwasser. Vor diesem Hintergrund und auch in Anbetracht der Tatsache, dass der Kanton Solothurn dereinst an Wasserknappheit leiden könnte, bitte ich die Regierung um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Quellen, die der Trinkwasserfassung dienen, gibt es im Kanton Solothurn?
2. Wie viele wurden/werden nach der Anpassung des Schutzzonenreglementes wegen intensiver Bewirtschaftung, Strassenführungen, Steinbrüche etc. ausgeschlossen?
3. Wurden Alternativen zu Frühwarnsystemen geprüft? Wenn ja, welche, wenn nein, warum nicht?
4. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass kleine saubere Quellen mit einem geringen Gefahrenpotential (tritt überhaupt je ein Ereignis ein?) in der Risikoabwägung besser einzustufen sind als Grundwasser, das ständig mit Chlorothalonil belastet ist und verdünnt werden muss?
5. Täuscht der Eindruck, dass der Kanton kleinere Quellen aufheben will, u.a. auch, weil die Arbeitslast minimiert werden könnte?

Begründung: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Nicole Hirt, 2. Thomas Lüthi, 3. Samuel Beer, Markus Ammann, Matthias Andereg, Rea Eng-Meister, Simon Esslinger, Myriam Frey Schär, Christian Ginsig, Philipp Heri, Urs Huber, Stefan Hug, Karin Kälin, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Simone Rusterholz, Sarah Schreiber, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Nadine Vögeli, Jonas Walther, Marianne Wyss, André Wyss, Nicole Wyss (25)

Stellungnahme RR: 21.09.2021 (schriftlich)

I 135/2021 (BJD)

Interpellation Heinz Flück (Grüne, Solothurn): Planungs- und Realisierungstau für Velowege? (06.07.2021)

Auch der Kanton Solothurn hat erkannt, dass die Förderung des Veloverkehrs eine wichtige öffentliche Aufgabe ist. Bereits vor der Abstimmung über den Bundesbeschluss Velo im Jahr 2018 hatte der Kantonsrat am 27. Januar 2016 den Auftrag «Der Regierungsrat wird beauftragt, den Netzplan Velo zu einem Konzept für den Langsamverkehr zu überarbeiten, der die Velorouten von kantonaler Bedeutung bezeichnet» erheblich erklärt. Am 1. April 2020 hatte das AVT einen vollamtlichen Leiter Langsamverkehr angestellt. Am 23. Juni 2020 hatte der Kantonsrat das neue Strassengesetz verabschiedet. Dieses ist seit dem 1. Januar 2021 in Kraft. Es regelt die Finanzierung von Velowegen von kantonaler Bedeutung und hält fest: «Der Regierungsrat bezeichnet die Velowege von kantonaler Bedeutung». Gemäss Zitat im SZ/OT vom 15. Mai 2021 äusserte sich der Leiter des AVT, dass Resultate der Planung für die Velowege von kantonaler Bedeutung erst Ende 2022 erwartet werden können. Für das vorgesehene doch sehr bescheidene Investitionsvolumen von jährlich max. 2 Millionen Franken erscheint diese Planungsphase sehr lang.

Wir bitten deshalb den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Stand des Plans Velowege von kantonaler Bedeutung – sowohl für den Alltags- wie auch für den Freizeitverkehr?

2. Warum verzögert sich die Fertigstellung bis mindestens Ende 2022?
3. Können einzelne unbestrittene Netzelemente bereits planerisch konkretisiert und vorgezogen umgesetzt werden?
4. Welche Vorkehrungen werden getroffen, um nach Fertigstellung des gesamten Netzplans Ende 2022 nicht weitere Jahre durch Detailplanung, Bewilligungsverfahren usw. zu verlieren?
5. Für welche konkreten Projekte wird das im Strassengesetz vorgesehene jährliche Investitionsvolumen von 0.5 – 2 Millionen Franken im Jahr 2021 eingesetzt? Was ist im Voranschlag 2022 vorgesehen?
6. Wie wird die Koordination für Velorouten, welche die Kantonsgrenzen überschreiten, sichergestellt?
7. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, um die Planung und Umsetzung des kantonalen Velowegnetzes zu beschleunigen?
8. Wird der Regierungsrat mit dem Erstellen des Velowegnetzes von kantonaler Bedeutung auch Zielwerte zur Wirkung – wie z.B. einen konkreten Beitrag zur Verlagerung des Modalsplits – planen?

Begründung 06.07.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Heinz Flück, 2. Christof Schauwecker, 3. Daniel Urech, Janine Eggs, Anna Engeler, Marlene Fischer, Myriam Frey Schär, David Gerke, Barbara Wyss Flück, Simone Wyss Send (10)

Stellungnahme RR: 28.09.2021 (schriftlich)

I 138/2021 (BJD)

Interpellation Marlene Fischer (Grüne, Olten): Baustoffrecycling und Verwendung von Recyclingbaustoffen - Quo vadis? (06.07.2021)

Bauabfälle (Betonabbruch, Mischabbruch, Strassenaufbruch, Ausbauasphalt, usw.) haben mit ca. zwei Dritteln den grössten Anteil am produzierten Abfallvolumen der Schweiz. Die Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen (VVEA) sieht deshalb vor, dass Bauabfälle möglichst vollständig zu verwerten sind. Durch die Verwertung von Bauabfällen werden Recyclingbaustoffe (RC-Baustoffe) hergestellt. Auch aus Elektroofenschlacke (EOS), welches als Nebenprodukt beim Stahlrecycling anfällt, kann ein bautechnisch wertvolles EOS-Granulat hergestellt werden.

Durch den Einsatz von RC-Baustoffen bei Bauvorhaben können die knappen Kies- und Sandressourcen geschont, die Landschaften geschützt, die Stoffkreisläufe geschlossen und die zu deponierenden Bauabfälle minimiert werden.

Im Jahr 2014 fielen im Kanton Solothurn 230'000 m³ mineralische Bauabfälle an. Davon wurden 86% recycelt. Von allen im Jahr 2014 im Kanton Solothurn verbauten Baustoffen (877'000 m³) lag der Anteil der RC-Baustoffe jedoch nur bei 31%. In der kantonalen Baustoffrecycling-Strategie 2016 wurde dementsprechend das „Problem der wachsenden Haufen“ benannt – nämlich, dass Recycling-Betriebe teilweise auf ihren RC-Baustoffen sitzen bleiben.

Als Grund für die geringe Nachfrage wurde v.a. die mangelnde Akzeptanz gegenüber RC-Baustoffen genannt. Dass heute qualitätsgeprüfte RC-Baustoffe anstelle von «Hausmischungen» verfügbar sind, ist oft genauso unbekannt, wie dass RC-Beton dank stetiger Forschung und Weiterentwicklung der letzten 30 Jahre heutzutage nahezu die gleichen Eigenschaften aufweist wie Primärbeton. Einerseits gibt es in der Schweiz 1'690 Minergie-Eco-zertifizierte Gebäude mit mindestens 50% RC-Beton, darunter 17 im Kanton Solothurn. Andererseits fehlt Bauherren oft der Mut zur Wahl innovativer Baustoffe – obwohl RC-Beton tendenziell günstiger ist als Primärbeton, es CO₂-reduzierten Zement (z.B. CEM III/B) gibt und RC-Beton durch vorgängige Prüfung auf Referenzflächen auch für Sichtbetonbauteile in Frage kommen. Auch im Strassenbau wurde dieses Jahr eine Best Practice Guideline für Ausbauasphalt und Einsatz von Niedertemperaturasphalt erarbeitet (Kies für Generationen). Diese zeigt auf, welche Recyclinganteile im Asphaltmischgut eingesetzt werden können.

2019 hatte RC-Beton einen schweizweiten Marktanteil von nur ca. 15%. CO₂-reduzierter Zement ist ein Nischenphänomen. Zudem wurde im Kanton Thurgau kürzlich festgestellt, dass die Verwertung der RC-Baustoffe zu rund drei Vierteln in loser Form erfolgt, was einem «Downcycling» entspricht. Dabei geht es schon längst anders: In der Stadt Zürich werden seit 2005 alle öffentlichen Gebäude mit RC-Beton gebaut, mit einem Anteil von ca. 90% RC-Beton am Gesamtbetonvolumen. Seit 2015 wird zudem CO₂-reduzierter Zement eingesetzt.

Auch der Kanton Solothurn hat sich mit der Baustoffrecycling-Strategie 2016 zumindest qualitativ einer Vorreiterrolle verschrieben («Einsatz von RC-Baustoffen als Standard für öffentliche Neubauten»).

Der Regierungsrat wird deshalb um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Welche Bauabfälle (inkl. EOS) fallen in welcher Menge im Kanton Solothurn aktuell an?
2. Welche Bauabfälle (inkl. EOS) werden in welcher Menge im Kanton Solothurn aktuell deponiert?
3. Welche Bauabfälle (inkl. EOS) werden in welcher Menge im Kanton Solothurn aktuell wiederverwendet und recycelt?
4. Wie gross ist aktuell der Anteil von verwendeten RC-Baustoffen (inkl. EOS-Granulat) bei Bauvorhaben im Kanton Solothurn (aufgeschlüsselt nach Art RC-Baustoff, Hochbau/Tiefbau/Strassenbau, Verwendungszweck)? Welchen Anteil hat dabei direkt vor Ort wiederverwendeter Strassenaufbruch? Welchen Anteil hat dabei die Verwendung von RC-Baustoffe (inkl. EOS-Granulat) in loser Form?
5. Gibt es konkrete Bauprojekte der öffentlichen Hand, wo der Einsatz von EOS-Granulat vorgesehen ist? Wenn ja, welche? Wenn nein, weshalb nicht?
6. Gibt es konkrete Bauprojekte der öffentlichen Hand, wo der Einsatz von CO₂-reduziertem Zement vorgesehen ist? Wenn ja, welche? Wenn nein, weshalb nicht?
7. Für welche Materialien und Verwendungszwecke ist eine Erhöhung des Anteils der RC-Baustoffe bei Bauvorhaben der öffentlichen Hand möglich, zweckmässig und angestrebt?
8. Wie wird die Verwendungsempfehlung für RC-Baustoffe bei öffentlichen Bauvorhaben aktuell durchgesetzt und kontrolliert (qualitativ/quantitativ, Planung/Ausführung)?
9. Übernimmt der Kanton Solothurn zeitnah die höheren Ausbausphalanteile der Best Practice Guideline und falls ja, wann fliesst dies in die ersten Ausschreibungen ein?
10. Wie beurteilt der Regierungsrat die Umwandlung der qualitativen Verwendungsempfehlungen für RC-Baustoffe in quantitative, zwecks- und materialgebundene Vorgaben bei Bauprojekten der öffentlichen Hand?

Begründung 06.07.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Marlene Fischer, 2. Freddy Kreuchi, 3. Thomas Lüthi, Matthias Anderegg, Samuel Beer, Matthias Borner, Janine Eggs, Anna Engeler, Rea Eng-Meister, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, David Gerke, David Plüss, Sarah Schreiber, Beat Späti, Markus Spielmann, Mathias Stricker, Daniel Urech, Jonas Walther, Barbara Wyss Flück, Simone Wyss Send (21)

Stellungnahme RR: 25.10.2021 (schriftlich)

I 145/2021 (BJD)

Interpellation Fraktion Grüne: Road Security Inspections (RSI) im Kanton Solothurn (07.07.2021)

Mit der Road Security Inspection (RSI) existiert ein Hilfsmittel, Strassen, Strassenabschnitte oder einzelne Objekte im Strassenraum (z.B. Streifen für Fussgänger und Fussgängerinnen) auf ihr Sicherheitsniveau systematisch zu analysieren und gegebenenfalls notwendige Massnahmen zur Behebung von Sicherheitsmängeln zu treffen.

Mithilfe von RSI können Strasseneigentümer und Strasseneigentümerinnen dem gesetzlichen Auftrag der Verkehrssicherheit nachkommen (Art. 6a Abs. 1 nach dem Strassenverkehrsgesetz SVG). Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) empfiehlt, RSI in regelmässigen Abständen durchzuführen.

Ich bitte den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen zur Thematik der RSI und analogen/ähnlichen Strassensicherheitsinspektionsprogrammen im Kanton Solothurn:

1. Existiert ein Programm, welches sicherstellt, dass Kantonsstrassen mittels RSI oder ähnlichen Strassensicherheitsinspektionsprogrammen analysiert werden? Falls ein solches Inspektionsprogramm existiert, bitte ich um Bekanntmachung davon.
2. In welcher Regelmässigkeit werden an neuralgischen Stellen RSI/andere Strassensicherheitsinspektionsprogramme durchgeführt?
3. Wodurch werden RSI/Strassensicherheitsinspektionsprogramme im Kanton Solothurn ausgelöst?
4. Wie werden Stellen, welche ein erhöhtes Sicherheitsrisiko aufweisen, identifiziert? Falls solche Stellen bereits identifiziert wurden, bitte ich um eine Auflistung davon.
5. Wer führt im Kanton Solothurn RSI/Strassensicherheitsinspektionsprogramme durch?
6. Über die Solothurner Kantonsstrassen führen zahlreiche gekennzeichnete Velowege von SchweizMobil: wie werden diese Strassenabschnitte in Bezug auf Strassensicherheit überprüft und beurteilt?
7. Wann wurde die Gempenstrasse zwischen Dornach und Gempen, welche regelmässig durch Verkehrssicherheitsdefizite auffällt, letztmals mittels RSI oder einem ähnlichen Strassensicherheitsinspektionsprogramm analysiert? Was waren die Erkenntnisse davon? Welche Massnahmen wurden getroffen?

Begründung 07.07.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Christof Schauwecker, 2. Daniel Urech, 3. Heinz Flück, Janine Eggs, Anna Engeler, Marlene Fischer, Myriam Frey Schär, David Gerke, Barbara Wyss Flück, Simone Wyss Send (10)

Stellungnahme RR: 21.09.2021 (schriftlich)

I 182/2021 (DDI)

Interpellation Fabian Gloor (CVP, Oensingen): Ist die Erreichbarkeit der Notrufnummern noch gewährleistet? (08.09.2021)

In einer Notsituation kann jede Minute entscheidend sein. Die lückenlose und einfache Erreichbarkeit der Blaulichtorganisation ist ein wesentlicher Bestandteil der Sicherheit in der Schweiz und im Kanton Solothurn. Leider kam es in den vergangenen Monaten und Jahren bei den Notfallnummern schweizweit gehäuft zu mehreren Pannen und teilweise zu flächendeckenden Ausfällen, die auch den Kanton Solothurn betrafen. In der Bevölkerung lösen diese Vorkommnisse berechtigterweise Unbehagen aus und es stellen sich zahlreiche Fragen in diesem Zusammenhang:

1. Wann traten in den Jahren 2020 und 2021 Ausfälle der Notrufnummern im Kanton Solothurn bzw. bei den Solothurner Blaulichtorganisationen auf?
2. Wie gehen die Solothurner Blaulichtorganisationen heute bei einem Ausfall vor, um die Erreichbarkeit (wieder) sicherzustellen?

3. Wie ist der Kanton in Überlegungen des Bundes einbezogen, um die Probleme sowie die Auswirkungen der gehäuften Ausfälle wieder in den Griff zu bekommen? Und welches sind die möglichen Massnahmen, um dem Problem der Ausfälle zu begegnen?
4. Plant der Kanton eine eigene Infrastruktur als Redundanz (zweites Notrufsystem) aufzubauen?
5. Wie ist der Kanton involviert in die Weiterentwicklung der Notfallsysteme (z.B. barrierefreie Notfall-App usw.) der Schweiz?

Begründung 08.09.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Fabian Gloor, 2. Susanne Koch Hauser, 3. Karin Kissling, Rea Eng-Meister, Patrick Friker, Kuno Gasser, Rolf Jeggli, Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Daniel Nützi, Patrick Schlatter, Thomas Studer, Bruno Vöggtli, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas, Marie-Theres Widmer (16)

Stellungnahme RR: 25.10.2021 (schriftlich)

I 183/2021 (DDI)

Interpellation Freddy Kreuchi (FDP.Die Liberalen, Balsthal): Umzug Rettungsdienststandort soH von Balsthal nach Oensingen (08.09.2021)

Die Solothurner Spitäler AG (soH) betreibt drei Rettungsdienststandorte im Kanton Solothurn, wodurch die notfallmedizinische Patientenversorgung rund um die Uhr sichergestellt werden soll. Bis zum Juni des laufenden Jahres waren die Rettungsfahrzeuge der soH in Solothurn, Olten und Balsthal stationiert. In einer Nacht- und Nebelaktion wurde einer der Standorte im vergangenen Juli von Balsthal nach Oensingen verlegt, was aus Sicht der amtierenden Thaler Gemeindepräsidenten und der Bevölkerung im Thal nicht nachvollziehbar ist. Daher bitten wir den Regierungsrat, als Vertretung des Alleinaktionärs höflich um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche strategischen Überlegungen der Solothurner Spitäler AG (soH) führten zum Umzug des Rettungsdienststandortes von Balsthal nach Oensingen? Wieso wurden die Meinungen der betroffenen Gemeinden im Thal nicht, wie üblich, vorgängig abgeholt?
2. Im Zusammenhang mit der damaligen Schliessung des Bezirksspitals Niederbipp (BE) wurde den Thaler Gemeinden die Stationierung des Rettungswagens in Balsthal zugesichert. Warum hält sich die Solothurner Spitäler AG nicht an diese Zusicherung?
3. Konnte das Mietverhältnis für die Räumlichkeiten am Standort Balsthal fristgerecht aufgelöst werden? Wenn nein, welche Kostenfolge hatte dies für die Solothurner Spitäler AG?
4. Hat die Solothurner Spitäler AG den abendlichen Stau in der Klus und die damit verbundene schwerwiegende Behinderung der Rettungsfahrzeuge in die Entscheidungsfindung für den Umzug des Rettungsdienststandortes miteinbezogen?
5. Kann die Solothurner Spitäler AG die notfallmedizinische Patientenversorgung des Bezirks Thal auch in den staubelasteten Abendstunden gewährleisten? Wie kann die notfallmedizinische Patientenversorgung im Bezirk Thal gewährleistet werden, wenn die Klus aufgrund eines Ereignisses (z.B. Brand) für Fahrzeuge nicht passierbar ist?
6. Der Rettungswagen muss 90 Prozent der Bevölkerung innerhalb von 15 Minuten erreichen. Im Thal bzw. in einzelnen Thaler Gemeinden ist dies nun nicht mehr der Fall. Ist sich der Solothurner Regierungsrat dessen bewusst?
7. Wie stehen die Mitglieder des Solothurner Regierungsrats zum Entscheid, den Rettungsdienststandort von Balsthal nach Oensingen zu verlegen?

Begründung 08.09.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Freddy Kreuchi, 2. Edgar Kupper, 3. Christine Rütli, Johanna Bartholdi, Josef Fluri, Rolf Jeggli, Beat Künzli, Georg Lindemann (8)

Stellungnahme RR: 2.11.2021 (schriftlich)

I 187/2021 (DDI)

Interpellation fraktionsübergreifend: Zukunft des Gesundheitspersonals im Kanton Solothurn (08.09.2021)

Das Gesundheitswesen steht zukünftig vor grossen Herausforderungen. Die bereits bestehenden beruflichen Herausforderungen und Problemstellungen haben sich während der Pandemie zunehmend manifestiert. Zudem wird festgestellt, dass der Personalnotstand vor allem beim Pflegepersonal auffällt.

Arbeitsbelastung und Qualifikation sind wichtige Determinanten der Behandlungsqualität in Gesundheitsinstitutionen.

Vom Gesundheitspersonal werden Faktoren wie Zeitdruck, Schichtarbeit, Emotionsarbeit und organisatorische Probleme genannt, die für den Stress im Pflegeberuf verantwortlich sind. Bei dem bereits bestehenden, massiven Pflegepersonal-mangel verstärkt sich die Arbeitsunzufriedenheit der Mitarbeitenden des Gesundheitssystems kontinuierlich. Dies führt zu psychischen Belastungen des Gesundheitspersonals. Zudem wird der frühzeitige Berufsaustritt häufig mit der immer stärker werdenden beruflichen Überbelastung begründet.

Wenn Gesundheitsfachpersonen ein überdurchschnittliches Mass an Berufsaustritten vorweisen, obwohl sie gerne in der Gesundheitsversorgung arbeiten würden, müssen Massnahmen eingeleitet werden.

Die Patientensicherheit muss in Zukunft weiterhin gewährleistet bleiben. Insbesondere in Anbetracht der steten Zunahme an Multi- und Co-Morbiditäten ist dies eine zusätzliche Herausforderung in der immer komplexer werdenden Pflegesituation.

Anhand der Registered Nurse Forecasting (RN4CAST)-Studie (2014) zu «Personalbesetzung, Ausbildungsniveau und Mortalität» ist festzuhalten, dass je mehr Patienten eine Pflegefachperson zu betreuen hat, umso höher liegt das Sterberisiko. Pro Patient, den eine Pflegefachperson nach einem chirurgischen Standardeingriff zusätzlich zu betreuen hat, steigt das Risiko, dass ein Patient innerhalb von 30 Tagen im Spital stirbt, um sieben Prozent. Je mehr Pflegefachpersonen mit Tertiär-Abschluss, umso niedriger das Sterberisiko. Pro zehn Prozent mehr Pflegefachpersonen mit Tertiär-Abschluss sank das Sterberisiko um sieben Prozent.

Laut dem Bericht des schweizerischen Gesundheitsobservatoriums (2016) müssen bis ins Jahr 2030 somit schätzungsweise schweizweit 65'000 zusätzliche Pflegepersonen angestellt werden: 29'000 Pflegepersonen der Tertiärstufe, 20'000 Pflegepersonen der Sekundarstufe II (EFZ und EBA) und 16'000 Personen ohne formale Ausbildung. Hinzu kommen zwischen 2014 und 2030 weitere 44'000 Pflegepersonen, die infolge von Pensionierungen ersetzt werden müssen.

Im Jahr 2010 haben die Mitgliedstaaten der World Health Organization (WHO), darunter auch die Schweiz, einen globalen Kodex für die grenzüberschreitende Anwerbung von Gesundheitsfachkräften verabschiedet. Dieser ruft die Länder namentlich auf, ihre Abhängigkeit von im Ausland ausgebildeten Gesundheitsfachkräften einzuschränken. Ziel ist es, dass jedes Land für die Ausbildungskosten des Personals aufkommt, das es beschäftigt.

Um diese Anforderungen zu erfüllen, muss der Kanton Solothurn seinen Beitrag erfüllen, um eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung langfristig zu gewährleisten. Aus diesen Gründen wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist der Regierung das Problem des aktuellen und des zukünftigen Personalmangels sowie des dringlichen Nachwuchsbedarfs im Gesundheitswesen bewusst? Welche Handlungsstrategien und Massnahmen gedenkt er hierzu zu entwickeln? Welche zukünftigen Herausforderungen sind zu erwarten? Wie wird der Kanton beim herrschenden Personalmangel die Patientensicherheit gewährleisten?
2. Wie schätzt die Regierung die Gesundheitsversorgung bis ins Jahr 2030 ein, und hat der Kanton Solothurn eine Strategie, um eine nachhaltige Gesundheitsversorgung bis ins Jahr 2030 zu gewährleisten? Wie wird die Gesundheitsversorgung sichergestellt?

3. Wie erklärt sich der Kanton den erheblichen Abgang des Gesundheitspersonals in den Gesundheitsinstitutionen im Kanton Solothurn, sowie die kurze Verweildauer im Beruf?
4. Welche Massnahmen wurden bereits getroffen, um dem erhöhten Abgang des Gesundheitspersonals aus dem Beruf entgegenzusteuern und die Arbeitsbedingungen zu verbessern?
5. Wird bereits ein Verfahren zur Ermittlung des Personalbedarfs oder der Festlegung der Personalrichtwerte eingesetzt?
6. Die WHO arbeitet zurzeit an einer globalen Strategie über die personellen Ressourcen für die Gesundheit bis ins Jahr 2030. Wie beabsichtigt der Kanton Solothurn seinen Beitrag dazu zu leisten, um dem drohenden Personalmangel entgegenzusteuern?
7. Welche Herausforderungen zeigen sich in der Planung und Umsetzung, und wo werden bei den Interventionen die Prioritäten gelegt?
8. Wie wird die nachhaltige Entwicklung im Ausbildungsbereich forciert?
9. Welche Strategie wird der Kanton Solothurn verfolgen, um das Personal und die Gesundheitsinstitutionen zu stärken und den Pflegeberuf attraktiver zu gestalten, so dass zukünftig auf Care Migrantinnen und Personal aus dem Ausland verzichtet werden kann?
10. Welche Schritte sind notwendig, um das Gesundheitswesen nachhaltig zu stärken, das eigene Personal zu fördern und zu schützen, damit sich die Berufsaustritte reduzieren?

Begründung 08.09.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Farah Romy, 2. Urs Unterlerchner, 3. Nadine Vögeli, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Richard Aschberger, Remo Bill, Corina Bolliger, Matthias Borner, Simon Esslinger, Heinz Flück, Silvia Fröhlicher, Walter Gurtner, Urs Huber, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Barbara Leibundgut, Franziska Rohner, Philippe Ruf, Christof Schauwecker, Mathias Stricker, Daniel Urech, Marianne Wyss, Nicole Wyss, Barbara Wyss Flück (26)

Stellungnahme RR: 8.11.2021 (schriftlich)

I 207/2021 (VWD)

Interpellation Philippe Ruf (SVP, Olten): Inkorrekte Zahlengrundlage im Finanz- und Lastenausgleich 2022 (09.11.2021)

In der Session des 31. August 2021 wurde dem Kantonsrat das Geschäft über die Steuerungsgrössen im Finanz- und Lastenausgleich der Einwohnergemeinden für das Jahr 2022 vorgelegt. Der vorgelegten Antragsvariante waren jedoch die Differenzaufstellungen der Indikatoren nicht beigelegt. Die Nachvollziehbarkeit gestaltete sich indes als schwierig, respektive unmöglich; dies wurde entsprechend im Kantonsrat eingebracht und die Zahlen angezweifelt.

Am 2. September 2021 wurden die Indikatoren erneut per E-Mail beim dafür zuständigen Amt angefragt (E-Mail Philippe Ruf an Thomas Steiner, Leiter Gemeindefinanzen/Chef Stv. Amt für Gemeinden [AGEM]), worauf ein paar Tage später die Indikatoren für den Verlauf der damaligen Woche versprochen wurden. Am 15. September 2021 wurden an die Gemeinden die neuen Beiträge (nicht die Indikatoren) kommuniziert (https://so.ch/fileadmin/internet/vwd/vwd-agem/pdf/finanzausgleich/FILA/Schreiben_FILA_Budget_2022.pdf). Jedoch weichen die Zahlen (https://so.ch/fileadmin/internet/vwd/vwd-agem/pdf/finanzausgleich/FILA/Tabelle_1_-_FILA2022_V2.pdf) stark von dem im Kantonsratsgeschäft angegebenen Zahlenfundament (vgl. RG 0131/2021) ab.

Der Ablauf bestätigt die im Kantonsrat eingebrachte Befürchtung, dass die Zahlengrundlage des im Kantonsrat abgehandelten Geschäfts inkorrekt war. Viele Gemeinden hatten bereits mit deutlich abweichenden Zahlen budgetiert. (Erst) nach erneutem Nachhaken wurden die Ausgleichszahlungen stark verändert (die Differenzaufstellung der Indikatoren jedoch immer noch nicht veröffentlicht).

Beispiel Solothurn:

Vorlage Kantonsratsgeschäft vom 31. August 2021:

Arbeitsmarktlicher Lastenausgleich: 3'591'562 Franken (Härtefallausgleich Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF): 0 Franken)

Korrektur nach Aufforderung der Offenlegung der Indikatoren am 15. September 2021:

Arbeitsmarktlicher Lastenausgleich: 2'749'588 Franken (Härtefallausgleich STAF: 0 Franken)

Differenz: - 841'974 Franken

Beispiel Olten:

Vorlage Kantonsratsgeschäft vom 31. August 2021:

Arbeitsmarktlicher Lastenausgleich: 2'544'870 Franken (Härtefallausgleich STAF: 1'552'469 Franken)

Korrektur nach Aufforderung der Offenlegung der Indikatoren am 15. September 2021:

Arbeitsmarktlicher Lastenausgleich: 3'154'619 Franken (Härtefallausgleich STAF: 1'552'469 Franken)

Differenz: + 609'749 Franken

Wir bitten den Regierungsrat, zu vorliegendem Sachverhalt nachfolgende Fragen zu beantworten:

1. Eine Veränderung der zugrundeliegenden Indikatoren zu jenem Zeitpunkt ist unrealistisch. Wie kommen die plötzlichen Abweichungen zustande?
2. Wie gewährleistet das Departement künftig die Richtigkeit der Daten? Gibt es Audits dazu?
3. Die Indikatoren werden offensichtlich zurückgehalten. Weshalb?
4. Werden die zugrundeliegenden Indikatoren den Gemeinden sowie dem Kantonsrat künftig transparent mitversandt?

Begründung 09.11.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Philippe Ruf, 2. Thomas Giger, 3. Richard Aschberger, Matthias Borner, Johannes Brons, Roberto Conti, Markus Dick, Tobias Fischer, Josef Fluri, Walter Gurtner, Sibylle Jeker, Kevin Kunz, Beat Künzli, Adrian Läng, Andrea Meppiel, Stephanie Ritschard, Rolf Sommer, Rémy Wyssmann (18)

Stellungnahme RR: 23.11.2021 (schriftlich)

I 208/2021 (DDI)

Interpellation Richard Aschberger (SVP, Grenchen): Schwerverkehrskontrollen im Kanton Solothurn (10.11.2021)

Nach diversen Zeitungsberichten und der generellen Aktualität betreffend Lastkraftwagen (LKW)/Transportgewerbe/Schwerverkehrskontrollen, bitte ich um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie gross ist der Anteil ausländischer Fahrzeuge bei den beanstandeten und aus dem Verkehr gezogenen Fahrzeugen?
2. Um welche Mängel handelt es sich hauptsächlich?
3. Wie läuft die Bussenregelung bei diesen ausländischen Transporteuren ab?
4. Genügen aus Sicht der Regierung die zurzeit möglichen Sanktionierungsmassnahmen?

Begründung 10.11.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Richard Aschberger, 2. Matthias Borner, 3. Roberto Conti, Walter Gurtner (4)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

I 209/2021 (BJD)

Interpellation Richard Aschberger (SVP, Grenchen): Fragen zur Fahrzeugkontrollschilder-Thematik im Kanton Solothurn (10.11.2021)

Fast jeder Kanton hat betreffend Kontrollschilder-Thematik andere Vorgaben und Ziele. Einige Kantone bieten Wunschschilder an, andere versteigern bestimmte Nummern. In einigen Kantonen ist die Übertragung von Kontrollschildern problemlos möglich, bei anderen kostet es zusätzlich Geld, je nach Tiefe der Nummer. Einige Kantone behalten diverse Nummern für sich selber, beispielsweise für Repräsentationsfahrzeuge, Einsatzfahrzeuge etc.

Ich bitte um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie zufrieden ist man mit dem Verkauf von (Wunsch)-Kontrollschildern?
2. Haben sich die «Rabatt»-Aktionen, wo man Schilder günstiger direkt kaufen kann, bewährt?
3. Wann wird SO-1 endlich versteigert, statt nutzlos im Magazin zu verstauben und kein Geld in die Staatskasse zu spülen?
4. In anderen Kantonen ist es möglich, direkt Wunschschilder bis zu einer gewissen «Höchstzahl» zu bestellen (ausser gewisse Nummern, welche für Auktionen reserviert sind). Wurde das auch im Kanton Solothurn geprüft?
5. Weshalb ist beim Kontrollschilderübertrag nur ab 4-stelligen Nummern ein Preis transparent ausgewiesen?

Begründung 10.11.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Richard Aschberger, 2. Matthias Borner, 3. Roberto Conti, Walter Gurtner (4)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

I 210/2021 (VWD)

Interpellation Matthias Anderegg (SP, Solothurn): Stromprodukte im Kanton Solothurn aus erneuerbaren Energien - auch kleine Stromversorger müssen innovativ sein (10.11.2021)

Der Strommarkt im Kanton Solothurn ist gekennzeichnet durch eine grosse Vielfalt an unterschiedlich grossen Versorgern. Von der grossen Aare Energie AG (a.en) bis zum kleinen gemeindeeigenen Stromversorger.

Diese Vielfalt zeigt sich auch in den Angeboten an Stromprodukten für die Strombezüger, die heute noch an entsprechende Produkte des Stromversorgers in ihrer Wohngemeinde gebunden sind. So bietet beispielsweise die a.en ihren Kunden vier verschiedene Stromprodukte mit unterschiedlicher Zusammensetzung zur Auswahl an (Standardstrom, AareStrom Plus, Graustrom und Oltner Solarstrom), währenddem die Genossenschaft Elektra Thal ihren Kunden nur ein einziges Produkt anbietet mit folgender Zusammensetzung: 7% erneuerbare Energie / 93% nicht erneuerbare Energie.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat, hierzu folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Angebote an Stromprodukten werden den Strombezüger von den diversen Stromversorgern im Kanton Solothurn bereitgestellt?
2. Wie viele und welche Stromversorger bieten ihren Kunden nur ein einziges Produkt an?
3. Wie sind diese Produkte der Stromversorger zusammengesetzt?
4. Besteht die rechtliche Möglichkeit, dass jeder Stromversorger ihren Kunden mindestens ein Produkt mit rein erneuerbaren Energieformen anbieten muss? Wenn nicht, besteht die Möglichkeit, dies auf Kantonsebene festzulegen oder wird sich der Regierungsrat auf Bundesebene für eine solche Möglichkeit einsetzen?
5. Besteht die rechtliche Möglichkeit, dass jeder Stromversorger in seinen Produkten einen Mindest-Prozentanteil an erneuerbarer Energie festlegen muss? Wenn nicht, besteht die Möglichkeit, dies auf Kantonsebene festzulegen oder wird sich der Regierungsrat auf Bundesebene für eine solche Möglichkeit einsetzen?
6. Wie gedenkt der Regierungsrat allenfalls auf anderen Wegen dafür zu sorgen, dass die Stromversorger im Kanton Solothurn ihren Kunden eine grössere Auswahl an Produkten mit erneuer-

barer Energie anbieten oder den Mindest-Prozentanteil an erneuerbarer Energie zumindest erhöhen?

Begründung 10.11.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Matthias Anderegg, 2. Franziska Rohner, 3. Mathias Stricker, Melina Aletti, Markus Ammann, Samuel Beer, Remo Bill, Simon Bürki, Janine Eggs, Rea Eng-Meister, Simon Esslinger, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Kuno Gasser, David Gerke, Christian Ginsig, Fabian Gloor, Philipp Heri, Nicole Hirt, Urs Huber, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Edgar Kupper, Thomas Lüthi, Thomas Marbet, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Michael Ochsenbein, Farah Rummy, Simone Rusterholz, Christof Schauwecker, Patrick Schlatter, Luzia Stocker, Daniel Urech, Nadine Vögeli, Bruno Vögtli, Susan von Sury-Thomas, Jonas Walther, Marie-Theres Widmer, Marianne Wyss, Nicole Wyss, Barbara Wyss Flück (47)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

I 214/2021 (BJD)

Interpellation Walter Gurtner (SVP, Däniken): Littering - welche Massnahmen trifft der Kanton Solothurn? (10.11.2021)

Neueste Erhebungen zeigen auf, dass das Littering/Wegwerfen und Liegenlassen von Abfall im Kanton Solothurn stark zugenommen hat, vergleiche auch den Artikel «Die Schweiz, eine riesige Abfallhalde» im Tagesanzeiger vom 20. Juni 2021. Seither hat sich die Lage leider noch verschlimmert, weshalb sich der Regierungsrat vermehrt über mögliche Massnahmen zur Eindämmung von Littering Gedanken machen sollte. Im letzten und in diesem Jahr, während der Pandemie, waren alle Clubs und viele Freizeiteinrichtungen geschlossen, weshalb sich das Problem nochmals zuge-spitzt hat, da sich viele stattdessen draussen aufhalten mussten. Dies wird auch in Zukunft ein Thema sein, da es gemäss Umfragen viele Menschen immer mehr zu Treffen im Freien zieht. Es ist schlussendlich auch eine Frage des Verhaltens und der Information. Es braucht ein umfassendes Konzept seitens des Kantons und der Gemeinden mit Aufklärung in der Öffentlichkeit, in Schulen, der Prüfung der Einführung eines Depot-/Pfandsystems auf Verpackungen, sowie von vermehrten Kontrollen an stark frequentierten Orten. Es muss auch die Möglichkeit zur Erteilung von Bus-sen bestehen, wenn Personen beim Liegenlassen von Abfall erwischt werden.

Leider zeigt die Erfahrung, dass es ein Massnahmenpaket seitens des Kantons und allenfalls eine Anpassung in der Verordnung über das Kantonale Ordnungsbussenverfahren braucht, um eine Verbesserung in den Gemeinden und Städten zu erzielen. Die Reinigungskräfte des Kantons, der Städte und Gemeinden müssen immer früher ausrücken, um zu versuchen, die Abfallmenge zu bewerkstelligen. Dies kostet die Steuerzahlenden viel. Nicht zu vergessen, verursachen weggeworfene Alu-Dosen, Glas- und Plastikflaschen speziell in der Landwirtschaft grossen Schaden und grosses Tierleid.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Antwort der folgenden Fragen:

1. Welche Massnahmen gegen Littering werden im Kanton Solothurn geprüft und wie funktioniert die Zusammenarbeit mit den Gemeinden?
2. Gibt es bereits eine aktuelle Informationskampagne an öffentlichen Orten und in den Schulen gegen Littering?
3. Könnte die Polizei im Kanton Solothurn bei Kontrollen an neuralgischen Punkten auch zusätzlich für die Vermeidung von Littering sorgen und entsprechende Bussen aussprechen oder braucht es hierfür eine Anpassung der Verordnung über das Kantonale Ordnungsbussenverfahren?
4. Könnte ein Pfandsystem eingeführt werden, z.B. bei Aludosen, Glasflaschen und Plastikverpackungen, so, dass diese in den Verkaufsgeschäften gegen Entgelt zurückgegeben werden können?

Begründung 10.11.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Walter Gurtner, 2. Philippe Ruf, 3. Richard Aschberger, Matthias Borner (4)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

I 216/2021 (VWD)

Interpellation Fraktion FDP.Die Liberalen: Wie bereitet sich der Kanton Solothurn auf eine Strommangellage vor? (10.11.2021)

Am 30. September 2021 hat die Organisation für Stromversorgung in ausserordentlichen Lagen (OSTRAL) eine Kampagne gestartet, in der sie unter anderem bis Ende November einen Informationsbrief an rund 30'000 Strom-Grossverbraucher (Stromkunden mit einem Jahresverbrauch von mehr als 100'000 kWh) in der Schweiz schicken lässt.

Im Brief wird informiert, dass für den Fall einer langandauernden Strommangellage Massnahmen vorbereitet sind, die beim Eintreten einer Krise umgesetzt werden können. Die Unternehmen werden aufgefordert, sich vorausschauend Überlegungen anzustellen, wie sie mit einer länger andauernden Strommangellage umgehen würden.

Bei einer Strommangellage steht tage-, wochen- oder sogar monatelang zu wenig Strom zur Verfügung. Gemäss der nationalen Risikoanalyse «Katastrophen und Notlagen Schweiz» (Bundesamt für Bevölkerungsschutz [BABS], November 2020) werden die Gefährdungen Strommangellage, Pandemie und Ausfall Mobilfunk als grösste Risiken angeführt. Alle drei Gefährdungen bergen hohes Schadenpotenzial bei gleichzeitig relativ hoher Eintrittswahrscheinlichkeit.

Für Bundespräsident Guy Parmelin ist eine Strommangellage eine grosse Gefahr für die wirtschaftliche Versorgung der Schweiz: «Das würde zum Beispiel bedeuten, dass Fabriken weniger produzieren könnten, Behörden und Dienstleistungsunternehmen wie Banken ihr Angebot verkleinern müssten oder vom Strom abhängige Transportmittel wie Bahnen oder Trams nur noch eingeschränkt fahren könnten.» Im schlimmsten Fall könnte der Schweiz bereits in vier Jahren ab 2025 (fehlendes Stromabkommen) zu wenig Strom zur Verfügung stehen.

Aufgrund der ernsten Lage bitten wir den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz, dass neben einer Pandemie eine länger andauernde Strommangellage das grösste Risiko für die Bevölkerung und Wirtschaft darstellt?
2. Angesichts des gescheiterten Rahmenabkommens mit der EU: Geht die Regierung davon aus, dass wir ab 2025 noch genügend Strom auch in den Wintermonaten haben werden? Und dass wir das Strom-Defizit im Inland weiterhin durch Importe aus dem nahen Ausland decken können?
3. Ist das Risiko einer länger andauernden Strommangellage dem kantonalen Führungsstab sowie den regionalen Führungsstäben bekannt und bewusst? Gibt es konkrete Notfallpläne?
4. Welche Vorkehrungen sind im Kanton getroffen worden, um die Auswirkungen einer Strommangellage zu beherrschen und die Grundversorgung der Bevölkerung und Wirtschaft jederzeit sicherzustellen?
5. Gibt es Schätzungen, wie gross der materielle und menschliche Schaden einer längeren Strommangellage im Kanton Solothurn wäre?
6. Wie konkret unterstützt der Regierungsrat die Gross-Unternehmen, die von OSTRAL angeschrieben und aufgefordert werden, sich vorausschauend mit einer länger andauernden Strommangellage zu befassen?
7. Welche kantonalen Einrichtungen verfügen über Notstromaggregate und wie lange ist deren Autonomie? Wie sieht es bei den Blaulichtorganisationen, den Spitälern, der Wasser- und Abwasserversorgung aus?
8. Hat der Kanton eigene kantonale Reserve- oder Sicherheitslager (Treibstoff) für den Betrieb von Notstromaggregaten und wie lange reichen diese aus?

Begründung 10.11.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Daniel Probst, 2. Christian Thalmann, 3. Mark Winkler, Philippe Arnet, Johanna Bartholdi, Daniel Cartier, Martin Flury, Thomas Fürst, David Häner, Freddy Kreuchi, Michael Kummli, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Marco Lupi, Simon Michel, Stefan Nünlist, David Plüss, Martin Rufer, Beat Späti, Markus Spielmann, Urs Unterlerchner, Hansueli Wyss (22)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

I 220/2021 (BJD)

Interpellation Marlene Fischer (Grüne, Olten): Per- und Polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) im Kanton Solothurn? (10.11.2021)

Die Substanzklasse der Per- und Polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) umfasst über 4'700 synthetische Einzelverbindungen. Diese Verbindungen bestehen aus teilweise (poly-) oder komplett (per-) fluorierten Kohlenstoffketten. Diese Struktur macht PFAS chemisch, biologisch und thermisch sehr stabil. Sie werden deshalb auch als «Forever Chemicals» bezeichnet. PFAS wirken sowohl wasser- als auch fettabweisend. Aufgrund dieser zahlreichen «vorteilhaften» Eigenschaften wurden PFAS seit den 1970ern sehr vielseitig eingesetzt: In Löschschäumen oder der Galvanischen Industrie, aber auch in Regenschutzbekleidung, Teflon-Bratpfannen und vielen weiteren Anwendungen. Da PFAS kaum abbaubar sind, reichern sie sich in der Umwelt und in Lebewesen an. Das ist problematisch, denn einige PFAS sind vermutlich krebserregend sowie leber- und reproduktionstoxisch und vermindern die Wirkung von Impfungen. Der Mensch nimmt PFAS über Trinkwasser und Nahrung auf. Die europäische Lebensmittelbehörde (EFSA) hat 2020 die gesundheitlichen Risiken von PFAS strenger bewertet. Daraufhin wurde in der Trinkwasserverordnung der EU (2020) ein neuer Grenzwert von 50 ng/l für die Summe aller PFAS-Verbindungen festgelegt. Deshalb prüft auch die Schweiz ihre bisherigen Höchstwerte für einzelne PFAS-Substanzen im Trinkwasser (PFOS 300 ng/l, PFHxS 300 ng/l, PFOA 500 ng/l). Die künftigen Werte werden voraussichtlich mindestens 10 Mal tiefer sein als bisher.

Das Auftreten von PFAS im Grundwasser der Schweiz wurde im Rahmen einer Pilotstudie der Nationalen Grundwasserbeobachtung NAQUA (2007-2008) analysiert. An 21 der 49 beprobten Messstellen wurden PFAS nachgewiesen. Die betroffenen Grundwassermessstellen lagen oft in der Nähe von Flüssen – denn PFAS können durch die üblichen Abwasserreinigungsverfahren nicht abgebaut werden, gelangen via Kläranlage in Flüsse und schliesslich ins Grundwasser. Jedoch gibt es Möglichkeiten, PFAS durch Aktivkohlefilterung grösstenteils aus dem Abwasser zu entfernen.

Der Regierungsrat wird deshalb um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Was ist bekannt über PFAS-Verschmutzung von Grundwasser, Oberflächengewässer und Boden («Humus») im Kanton Solothurn? Gibt es belastete Standorte, bei denen heutige Grenzwerte überschritten werden?
2. Wie ist der aktuelle Wissensstand über die PFAS-Verschmutzung in Quell- und Grundwasserfassungen, die im Kanton Solothurn zur Trinkwasserversorgung dienen?
3. Wie ist der aktuelle Wissensstand über PFAS-Emissionen aus Kläranlagenabwasser im Kanton Solothurn?
4. Wie schätzt die Regierung den aktuellen Wissensstand bezüglich PFAS im Kanton Solothurn ein?
5. Plant der Kanton Solothurn gezielte Untersuchungen auf PFAS-Verdachtsflächen wie Grossbrandflächen (Löschschaumeinsatz) oder belasteten Standorten (z.B. Galvanik)?
6. Plant der Kanton Solothurn systematische PFAS-Untersuchungen in Trinkwasserfassungen?
7. Sind Massnahmen zur zusätzlichen Abwasseraufbereitung geplant, um mögliche PFAS-Emissionen aus Kläranlagen zu verringern?
8. Welchen Handlungsbedarf sieht die Regierung bezüglich PFAS im Kanton Solothurn?

Begründung 10.11.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Marlene Fischer, 2. David Plüss, 3. Thomas Giger, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Samuel Beer, Janine Eggs, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, David Gerke, Christian Ginsig, Nicole Hirt, Thomas Lüthi, Georg Nussbaumer, Stephanie Ritschard, Simone Rusterholz, Christof Schauwecker, Luzia Stocker, Thomas Studer, Daniel Urech, Nadine Vögeli, Jonas Walther, Marianne Wyss, Barbara Wyss Flück, Simone Wyss Send (27)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

XI. Kleine Anfragen

K 179/2021 (BJD)

Kleine Anfrage Beat Künzli (SVP, Laupersdorf): Sind die baulichen Betriebskontrollen verhältnismässig? (01.09.2021)

Gemäss Gewässerschutzgesetz (GSchG Art. 15) ist die kantonale Behörde dafür zuständig, Hofdüngeranlagen und Abwasseranlagen periodisch zu kontrollieren. Das Amt für Umwelt ist für die Kontrollen zuständig, ein Ingenieurbüro führt sie aus. Dabei werden die Inhaber der Anlagen aufgefordert, die Behälter ganz zu entleeren und mit Wasser (Hochdruck) zu reinigen. Oft ist eine Absetzschicht im Behälter am Boden, welche nur durch eine spezialisierte Reinigungsfirma mit Sauglastwagen entfernt werden kann. Die Kontrollintervalle richten sich nach den verschiedenen Schutzzonen.

Es ist bekannt, dass selbst Betriebe kontrolliert werden, welche in wenigen Jahren ihren Betrieb aufgeben und die Anlagen stilllegen.

Wir bitten den Regierungsrat, zu vorliegendem Sachverhalt nachfolgende Fragen zu beantworten:

5. Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass das Intervall dieser Kontrollen ausgedehnt werden kann, da die Anlagen seit etlichen Jahren nach neuesten baulichen Erkenntnissen und Techniken und in bester Qualität errichtet werden?
6. Ist es dem Amt für Umwelt bewusst, dass insbesondere bei älteren Anlagen gerade durch das Waschen mit Hochdruck die Gefahr besteht, die Dichtheit der Anlage zu verletzen?
7. Ist man sich auch bewusst, dass diese Kontrollen intensive Arbeit und horrenden Kosten für den Betriebsleiter auslösen?
8. Ist es demnach verhältnismässig, wenn Betriebe ohne Hofnachfolger nur wenige Jahre vor der Aufgabe des Betriebes ein Aufgebot zur Kontrolle mit strengsten Auflagen und unter Androhung eines Tierhalteverbotes bekommen?
9. Gibt es eine Möglichkeit für eine Aufschiebung der Kontrolle, damit ein Betriebsleiter seinen Betrieb noch bis zu seiner Pensionierung weiter bewirtschaften kann und ihn nicht vorzeitig aufgeben muss?
10. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, das Amt dementsprechend anzuweisen, in Zukunft die Dichtheit vorwiegend über viel einfachere, weniger arbeitsintensive und kostengünstigere Niveauekontrollen ohne totale Entleerung und Reinigung zu prüfen?

Begründung 01.09.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Beat Künzli, 2. Josef Fluri, 3. Rémy Wyssmann, Sibylle Jeker, Kevin Kunz, Adrian Läng, Werner Ruchti (7)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 213/2021 (DBK)

Kleine Anfrage Matthias Meier-Moreno (CVP, Grenchen): Fragen zu optiSO+ (10.11.2021)

Mit dem Projekt optiSO+ verfolgt der Kanton, unter Federführung des Volksschulamtes (VSA), eine Optimierung im Sonderschulangebot, bei welchem die Regionalisierung und das Pauschalmodell im Zentrum stehen. Bereits seit Beginn des Prozesses herrschte bei den betroffenen Institutionen ein mulmiges Gefühl, was diese aber nicht daran hinderte, aktiv mitzuarbeiten. Als bekannt wurde, dass nur Institutionen mit einer «Privatschulbewilligung Plus» an den Ausschreibungen der Lose teilnehmen können, löste dies allgemeines Unverständnis aus. Dies ist mit einem Präqualifikationsverfahren eines Architekturwettbewerbs zu vergleichen, welches mit einem sehr grossen administrativen Aufwand für die Institutionen und schlussendlich auch für das prüfende Amt mit sich brach-

te. Ein weiterer Punkt, welcher sich bereits während der Bewerbungsphase bei diversen Institutionen zeigte, ist die unklare Abgrenzung der drei Bedarfsstufen, welche noch heute Interpretationsspielraum bietet. Und zu guter Letzt gibt es renommierte Institutionen, welche bei der Vergabe leer ausgegangen sind.

Daher bitte ich die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Was genau beinhaltet das Präqualifikationsverfahren zur Erlangung der «Privatschulbewilligung Plus»?
 - 1.1. Welche Vorgaben, Kriterien und Umfang beinhaltet das Bewerbungsdossier?
 - 1.2. Wie viele Institutionen haben sich für eine «Privatschulbewilligung Plus» beworben (Anzahl und Institutionen)?
 - 1.3. Stimmt es, dass die Institutionen von all ihren Mitarbeitern die Berufsdiplome, Privatsowie Sonderprivatauszüge einreichen mussten?
 - 1.4. Gibt es bei der «Privatschulbewilligung Plus» ein Ablaufdatum, respektive wie lange ist diese gültig?
2. Wie hoch sind die bisherigen Kosten des Projekts optiSO+?
 - 2.1. Wurden alle Arbeiten betreffend optiSO+ «inhouse» durch das VSA respektive das Departement für Bildung und Kultur (DBK) vorgenommen?
 - 2.2. Wurden zur Bearbeitung von optiSO+ zusätzliche Stellen geschaffen, wenn ja wie viele?
3. Wie unterscheiden sich die Bedarfsstufen 1 - 3 im Detail?
 - 3.1. Welche Diagnosen, Störungsbilder, Beeinträchtigungen usw. fallen in die jeweiligen Bedarfsstufen?
4. Ist es vorgesehen, dass in ein paar Jahren die Lose neu ausgeschrieben werden, wenn ja wann?

Begründung 10.11.2021: Ist im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Matthias Meier-Moreno (1)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 215/2021 (VWD)

Kleine Anfrage Daniel Urech (Grüne, Dornach): Tiefe Einbürgerungsquote im Kanton Solothurn (10.11.2021)

Im Rahmen des Abstimmungskampfs über die Volksinitiative zur Erweiterung der Gemeindeautonomie bei der Vergabe des Stimm- und Wahlrechts auf kommunaler Ebene wurde von Gegnerinnen und Gegnern der Initiative die Ansicht geäußert, dass der Königsweg für die politische Mitsprache über die Einbürgerung führe, und dass die Einbürgerungsverfahren relativ einfach und kostengünstig seien. Nachdem diese Volksinitiative deutlich abgelehnt worden ist, drängt sich die Frage auf, wie es mit den tatsächlichen Einbürgerungsmöglichkeiten im Kanton Solothurn bestellt ist. Es gehört zum Kern einer Demokratie, dass von den Gesetzen Betroffene auch bei der Erarbeitung dieser Gesetze mitbestimmen können.

Die Statistiken zur ordentlichen Einbürgerung in unserem Kanton zeigen, dass der Kanton Solothurn sowohl gegenüber dem schweizerischen Durchschnitt wie auch gegenüber den meisten Nachbarkantonen deutlich abfällt, was die Zahl der Einbürgerungen angeht. Während im schweizerischen Durchschnitt letztes Jahr jede 79. ausländische Person ordentlich eingebürgert wurde, war es im Kanton Solothurn lediglich jede 150. Im Kanton Aargau beispielsweise wurden pro Einwohner und Einwohnerin mehr als doppelt so viele Menschen eingebürgert wie im Kanton Solothurn.

Vor diesem Hintergrund ersuche ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass eine allzu tiefe Einbürgerungsquote vor dem Hintergrund der Idee des demokratischen Staatssystems problematisch sein kann?
2. Auf welche Gründe ist die niedrige Einbürgerungsquote im Kanton Solothurn zurückzuführen?

3. Ist die im Kanton Solothurn wohnhafte ausländische Bevölkerung derart viel schlechter integriert als in anderen Kantonen mit einer höheren Einbürgerungsquote?
4. Mit welchen Massnahmen könnte die Einbürgerungsquote im Kanton Solothurn erhöht werden?
5. Wie hoch sind die kommunalen Gebühren gemäss §21 des Bürgerrechtsgesetzes respektive wie stark unterscheiden sie sich?
6. Wie stark unterscheidet sich im Übrigen die Einbürgerungspraxis zwischen den einzelnen Gemeinden in unserem Kanton?
7. Wird die Dauer der Einbürgerungsverfahren und der einzelnen Verfahrensschritte statistisch erhoben? Wenn ja, was sind die Erkenntnisse aus dieser Erhebung; wenn nein, weshalb nicht?

Begründung 10.11.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Daniel Urech (1)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 218/2021 (DDI)

Kleine Anfrage Stefan Nünlist (FDP.Die Liberalen, Olten): Politischer Islam im Kanton Solothurn (10.11.2021)

Der Regierungsrat wird um die Beantwortung der nachfolgenden Fragen gebeten:

1. Wie grenzt der Regierungsrat den «politischen Islam» von der legitimen und unproblematischen politischen Partizipation ab, mit welcher eine - durchaus auch religiös begründete - Mitgestaltung der Gesellschaft angestrebt wird?
2. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass die Anerkennung unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung und der säkularen Rechtsordnung nicht verhandelbar ist und daher Tendenzen zum politischen Islam kritisch zu beobachten sind?
3. Hat der Regierungsrat eine Übersicht über die im Kanton aktiven Vereine mit Bezug zu Islam, Moscheen und Koranschulen?
4. Ist dem Regierungsrat bekannt, dass in Moscheen und Vereinen mit Bezug zum Islam im Kanton Solothurn Werte vertreten werden, die den Menschenrechten und den Prinzipien der Demokratie im Grundsatz widersprechen, dass in Moscheen radikale Prediger auftreten und woher die finanziellen Mittel der entsprechenden Vereinigungen stammen?
5. Werden im Kanton Solothurn Koranschulen betrieben? Und falls ja, weiss der Kanton, was in diesen gelehrt wird?

Begründung 10.11.2021: schriftlich.

Die Frage des Einflusses des politischen Islams auf junge Menschen und die Sicherheit unseres Staates beschäftigt immer wieder die Öffentlichkeit. So hat zum Beispiel der Regierungsrat des Kantons Aargau am 10. März dieses Jahres in Beantwortung einer FDP-Interpellation ausführlich zum politischen Islam und speziell zur Situation im Aargau Stellung genommen. Moscheen in Biel oder Winterthur geraten immer wieder in die Schlagzeilen. Mit der Errichtung eines islamischen Emirats in Afghanistan ist das Phänomen politischer Islam wieder vermehrt in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Vor diesem Hintergrund interessiert die Einschätzung der Solothurner Regierung zur Situation in unserem Kanton.

Unterschriften: 1. Stefan Nünlist, 2. David Häner, 3. Christian Thalman, Johanna Bartholdi, Thomas Fürst, Michael Kumpli, Georg Lindemann, David Plüss, Daniel Probst, Martin Rufer, Mark Winkler, Hansueli Wyss (12)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 224/2021 (DDI)

Kleine Anfrage Beat Künzli (SVP, Laupersdorf): Covid-Zertifikat durch Antikörper-Nachweis (17.11.2021)

Ungefähr zwei bis drei Wochen nach einer Impfung beziehungsweise einer erfolgten Ansteckung mit Corona bildet der Körper sogenannte Immunglobulin G (IgG)-Antikörper. Diese sorgen für einen mittel- bis langfristigen Schutz gegen einen starken Verlauf einer zukünftigen Covid-19-Erkrankung und bleiben anschliessend nach aktuellem Wissensstand über eine längere Zeit (eventuell über Jahre) im Körper.

Deshalb kann, nach neuer Weisung des Bundesrates, seit Anfang November durch einen Antikörper-Nachweis ein für drei Monate gültiges Zertifikat erworben werden. Obwohl der Kanton Solothurn im Zusammenhang mit Covid eine sehr umfassende Informationsstrategie fährt und dazu auch entsprechende Informationen auf seiner Website veröffentlicht, ist zu dieser neuen Möglichkeit sehr wenig zu lesen und zu hören.

Ebenfalls ist die Ärzteschaft darüber offenbar nur wenig aufgeklärt, was sich daran zeigt, dass offensichtlich Unkenntnis darüber herrscht, ab welchem Grenzwert ein Zertifikat ausgestellt werden kann.

Wir bitten den Regierungsrat deshalb, zu vorliegendem Sachverhalt nachfolgende Fragen zu beantworten:

1. Wieso informiert der Kanton nicht proaktiv über diese neue Möglichkeit zur Erlangung eines Zertifikates?
2. Sieht die zuständige Behörde des Kantons Solothurn einen Nachteil eines so erworbenen Zertifikates?
3. Anerkennt das Gesundheitsamt nachgewiesenen Genesene als mindestens genauso immun an wie Geimpfte?
4. Sind die Gesundheitsinstitutionen und Ärzte vom Kanton instruiert worden, wie sie mit nachweislich Genesenen umzugehen haben und ab welchem Schwellenwert BAU/ml (binding antibody units) sie ein Zertifikat auszustellen haben?
5. Ist dieser Schwellenwert schweizweit eingestellt und wo liegt er für die Ausstellung eines Zertifikates? Kann dieser Schwellenwert mit den Antikörperwerten von Geimpften verglichen werden?
6. Bestätigt es sich bei den Antikörpertests auch im Kanton Solothurn, dass an Corona erkrankte und wieder gesund gewordene Menschen viel mehr und viel länger Antikörper aufweisen, als dies bislang von den Spezialisten des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) angegeben wurde?
7. Könnte sich der Regierungsrat deshalb auch vorstellen, die Zertifikate bei Antikörper-Nachweis für sechs Monate auszustellen?

Begründung 17.11.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Beat Künzli, 2. Anna Engeler, 3. Urs Unterlerchner, Richard Aschberger, Matthias Borner, Roberto Conti, Markus Dick, Tobias Fischer, Josef Fluri, Sibylle Jeker, Kevin Kunz, Adrian Läng, Andrea Meppiel, Stephanie Ritschard, Christine Rütli, Rémy Wyssmann (16)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 225/2021 (VWD)

Kleine Anfrage Barbara Leibundgut (FDP.Die Liberalen, Bettlach): Fragwürdige Anmeldungen insbesondere von rumänischen Staatsangehörigen in Gemeinden (17.11.2021)

Bei einigen Einwohnergemeinden häufen sich Anmeldungen von Personen aus Rumänien, die sich in grösseren Gruppen teilweise in kleinen Wohnungen anmelden und Arbeitsverträge von dubiosen Firmen vorweisen. Da Rumänien EU-Mitglied ist, brauchen rumänische Staatsangehörige keine Arbeitsbewilligung für die Anmeldung, somit ist das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) nicht involviert.

Für die Anmeldung bei einer Einwohnergemeinde müssen Personen, die unter das Abkommen zur

Personenfreizügigkeit fallen, einen Mietvertrag vorlegen können. Auffallend ist, dass sehr viele Personen in derselben Wohnung angemeldet werden. Auch müssen solche Personen einen Arbeitsvertrag vorweisen. Hier ist aufgefallen, dass Arbeitsverträge von Firmen vorgelegt werden, welche nicht im Handelsregister eingetragen sind oder deren Handelsregistereintrag geändert oder gelöscht wird. Gemäss Verband Schweizerischer Einwohnerdienste handelt es sich um einen Clan, der aus Deutschland agiert und dem verschiedene Straftaten wie gewerblicher Betrug, Geldwäscherei, Inverkehrbringung von Falschgeld und das Erschleichen von Leistungen vorgeworfen werden. Insbesondere ältere Menschen gehören offenbar zum Beuteschema (Enkeltrick).

Fragen:

1. Ist die oben beschriebene Problematik der Regierung bekannt?
2. Wurden im Kanton Solothurn auch solche Anmeldungen festgestellt?
3. Welche Massnahmen werden zum Schutz der Bevölkerung durch kantonale Amtsstellen getroffen?
4. Welche Möglichkeiten haben die Gemeinden, um solche Anmeldungen zu verhindern?
5. Welche zusätzlichen Massnahmen sollten durch die Einwohnergemeinden vorgenommen werden?
6. Arbeiten die Kantone in diesem Bereich zur Prävention zusammen?
7. Wie können (offensichtlicher) Missbrauch und Straftaten in diesem Zusammenhang über alle Staatsebenen hinweg verhindert werden?

Begründung 17.11.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Barbara Leibundgut (1)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 226/2021 (FD)

Kleine Anfrage Martin Rufer (FDP.Die Liberalen, Lüsslingen): Aktuelle Praxis beim Beantragen von Zusatzkrediten (17.11.2021)

Ich bitte die Regierung um Beantwortung folgender Fragen im Zusammenhang mit dem Beantragen von Zusatzkrediten:

1. Wie ist die heutige Praxis beim Beantragen von Zusatzkrediten?
2. Gibt es klare und einheitliche und über alle Verwaltungseinheiten geltende Regelungen für das Einholen von Zusatzkrediten?
3. Was ist aus Sicht der Regierung zu tun, damit künftig in der ganzen Verwaltung das Einholen von Zusatzkrediten einheitlich und gemäss Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-G) gewährleistet ist?

Begründung 17.11.2021: schriftlich.

Art. 57 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-G) regelt grundsätzlich das Verfahren über das Beantragen eines Zusatzkredites. Gemäss WoV-G muss ein Zusatzkredit dann eingeholt werden, wenn sich vor oder während der Ausführung eines Vorhabens oder während der Globalbudgetperiode zeigt, dass der bewilligte Verpflichtungskredit nicht ausreicht. In der Realität hat sich gezeigt, dass die gelebte Praxis nicht immer mit den Bestimmungen des WoV-G übereinstimmt und teilweise Unklarheit darüber besteht, wann Zusatzkredite zu beantragen sind. Das rechtzeitige Beantragen von Zusatzkrediten ist jedoch zentral, damit das Parlament seine Aufgabe wahrnehmen kann. Wird der Zusatzkredit erst eingeholt, wenn das Geld bereits ausgegeben ist, verliert der Kantonsrat seine Funktion.

Unterschriften: 1. Martin Rufer, 2. Edgar Kupper (2)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 227/2021 (DBK)

Kleine Anfrage Michael Ochsenbein (CVP, Luterbach): Deutschkenntnisse beim Schuleintritt (17.11.2021)

Schülerinnen und Schüler, welche ohne oder mit ungenügenden Deutschkenntnissen eingeschult werden, bedeuten häufig Stress: Am allermeisten wohl für die betroffenen Schülerinnen und Schüler, aber auch für die Lehrerinnen und Lehrer, für die Klassen und für die Finanzen.

Deutschkenntnisse sind essentiell für den Lernerfolg und die ganze Schulkarriere. Deshalb unternimmt die Volksschule einiges, beispielsweise das Angebot Deutsch als Zweitsprache (DaZ), um die Deutschkenntnisse zu verbessern.

Ungenügende Deutschkenntnisse beim Schuleintritt können verschiedene Gründe haben, beispielsweise der Zuzug aus einem nicht-deutschsprachigen Raum aus dem In- oder Ausland oder fremdsprachige Familienverhältnisse.

Bei fremdsprachigen Familienverhältnissen fällt eine Gruppe besonders auf: Gut integrierte Familien, in welchen die Eltern perfekt Deutsch/Schweizerdeutsch sprechen, oft auch in der Schweiz geboren wurden und aufgewachsen sind, aber mit ihren Kindern kein Wort Deutsch sprechen. Dies führt zu Situationen, in welchen Kinder in der deutschsprachigen Schweiz geboren wurden und hier aufgewachsen sind, beim Schuleintritt jedoch ungenügend oder kein Wort Deutsch können und verstehen.

Die Fragen beziehen sich ausschliesslich auf die letztbeschriebene Gruppe:

1. Kennt man die Grössenordnung von Familien, deren Kinder in der Deutschschweiz aufwachsen und trotzdem bei Schuleintritt keine oder ungenügende Deutschkenntnisse haben?
2. Welche Möglichkeiten bestehen, Eltern aus diesen Familien in die Pflicht nehmen zu können,
 - a) dass ihre Kinder genügende Deutschkenntnisse vor Schuleintritt haben, und/oder
 - b) sich an den finanziellen Kosten zu beteiligen, welche der Allgemeinheit durch Zusatzaufwände (Spielgruppe+, Förderklassen [F-Klassen], DaZ, ...) entstehen?

Begründung 17.11.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Michael Ochsenbein (1)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Mitteilungen**Mutationen im Mitgliederverzeichnis**

-

Fraktionssitzungen

FDP.Die Liberalen: Donnerstag, 2. Dezember 2021, 18.30 Uhr, Wallierhof , Riedholz

Grüne: Dienstag, 30. November 2021, 18.30 Uhr, Restaurant Kreuz (Bar), Solothurn

SP/junge SP: Mittwoch, 1. Dezember 2021, 18.45 Uhr, Jugendherberge (Jurasaal), Solothurn

SVP: Mittwoch, 1. Dezember 2021, 19.00 Uhr, Restaurant Waldheim, Kestenholz

CVP/EVP: Donnerstag 2. Dezember, 18.00 Uhr, Landgasthof Ochsen, Mümliswil

glp:

Ratsleitung*Präsidium:*

- P: Schumacher Hugo (SVP)
 1. VP: Vögeli Nadine (SP)
 2. VP: Koch Hauser Susanne (CVP)

Fraktionsvorsitzende:

- Ammann Markus (SP/junge SP)
 Conti Roberto (SVP)
 Lüthi Thomas (glp)
 Ochsenbein Michael (CVP/EVP)
 Spielmann Markus (FDP.Die Liberalen)
 Wyss Flück Barbara (Grüne)

Stimmzähler/innen

- Aletti Melina, SP/junge SP
 Cartier Daniel, FDP.Die Liberalen
 Koch Hauser Susanne, CVP

- Schauwecker Christof, Grüne
 Sommer Rolf, SVP

Ständige Kommissionen**Finanzkommission**

- P: Borner Matthias, SVP
 VP: Thalmann Christian, FDP.Die Liberalen
 Aschberger Richard, SVP
 Bill Remo, SP
 Bürki Simon, SP
 Flück Heinz, Grüne
 Gloor Fabian, CVP
 Gurtner Walter, SVP

- Kälin Karin, SP
 Koch Hauser Susanne, CVP
 Michel Simon, FDP.Die Liberalen
 Plüss David, FDP.Die Liberalen
 Probst Daniel, FDP.Die Liberalen
 Walther Jonas, glp
 Wyss André, EVP

Geschäftsprüfungskommission

- P: Arnet Philippe, FDP.Die Liberalen
 VP: Dick Markus, SVP
 VP: Schlatter Patrick, CVP
 Aletti Melina, SP/junge SP
 Ammann Markus, SP
 Beer Samuel, glp
 Fischer Tobias, SVP
 Friker Patrick, CVP

- Gerke David, Grüne
 Hug Stefan, SP
 Lindemann Georg, FDP.Die Liberalen
 Schauwecker Christof, Grüne
 Sommer Rolf, SVP
 Widmer Marie-Theres, CVP
 Wyss Hansueli, FDP.Die Liberalen

Justizkommission

- P: Urech Daniel, Grüne
 VP: Huber Urs, SP
 VP: Kissling Karin, CVP
 Bartholdi Johanna, FDP.Die Liberalen
 Eng-Meister Rea, CVP
 Fluri Josef, SVP
 Häner David, FDP.Die Liberalen
 Nünlist Stefan, FDP.Die Liberalen

- Ruchti Werner, SVP
 Rummy Farah, SP
 Rusterholz Simone, glp
 Schreiber Sarah, CVP
 Unterlerchner Urs, FDP.Die Liberalen
 Vögeli Nadine, SP
 Wyssmann Rémy, SVP

Bildungs- und Kulturkommission

- P: Mühlemann Vescovi Tamara, CVP
 VP: Fröhlicher Silvia, SP
 VP: Künzli Beat, SVP
 Conti Roberto, SVP
 Eggs Janine, Grüne
 Kreuchi Freddy, FDP.Die Liberalen
 Kumpli Michael, FDP.Die Liberalen
 Lupi Marco, FDP.Die Liberalen

- Meier-Moreno Matthias, CVP
 Meppiel Andrea, SVP
 Nützi Daniel, CVP
 Rützi Christine, SVP
 Stricker Mathias, SP
 Wyss Nicole, SP
 Wyss Send Simone, Grüne

Sozial- und Gesundheitskommission

P: Stocker Luzia, SP
 VP: Studer Thomas, CVP
 Cartier Daniel, FDP.Die Liberalen
 Engeler Anna, Grüne
 Giger Thomas, SVP
 Ginsig Christian, glp
 Jäggi Hardy, SP
 Jeggli Rolf, CVP

Kunz Kevin, SVP
 Leibundgut Barbara, FDP.Die Liberalen
 Ritschard Stephanie, SVP
 Rohner Franziska, SP
 Späti Beat, FDP.Die Liberalen
 Vöggtli Bruno, CVP
 Wyss Flück Barbara, Grüne

Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission

P: Winkler Mark, FDP.Die Liberalen
 VP: Kupper Edgar, CVP
 Anderegg Matthias, SP
 Brons Johannes, SVP
 Esslinger Simon, SP
 Flury Martin, FDP.Die Liberalen
 Frey Schär Myriam, Grüne
 Gasser Kuno, CVP

Heri Philipp, SP
 Jeker Sibylle, SVP
 Lüthi Thomas, glp
 Nussbaumer Georg, CVP
 Rufer Martin, FDP.Die Liberalen
 Schumacher Hugo, SVP
 Von Sury-Thomas Susan, CVP

Redaktionskommission

P: Fürst Thomas, FDP.Die Liberalen
 VP: von Däniken Benjamin, CVP
 Ruf Philippe, SVP

Spezialkommissionen

«Digitalisierung Kantonsrat»

P: Häner David, FDP.Die Liberalen
 VP: Engeler Anna, Grüne
 Ammann Markus, SP

Aschberger Richard, SVP
 Ginsig Christian, glp
 von Däniken Benjamin, CVP

Interparlamentarische Gremien

Interparlamentarische Konferenz der Nordwestschweiz (IPK)

Von Amtes wegen:

Präsident/in (Schumacher Hugo, SVP)
 I.Vizepräsident/in (Vögeli Nadine, SP)
 Letzjähriger Präsident (Urech Daniel, Grüne)

Ordentliche Mitglieder:

Gasser Kuno, CVP
 Läng Adrian, SVP
 Wyss Hansueli, FDP.Die Liberalen

Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission Polizeischule Hitzkirch (IPK Hitzkirch)

Bartholdi Johanna, FDP.Die Liberalen

Kissling Karin, CVP

Interparlamentarische Kommission der Fachhochschule Nordwestschweiz (IPK FHNW)*)

Fischer Marlene, Grüne
 Kumpli Michael, FDP.Die Liberalen
 Nützi Daniel, CVP

Sommer Rolf, SVP
 Wyss Marianne, SP

Oberrheinrat

Gasser Kuno, CVP